

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mark, bei Selbstabholung 1 Mark - Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark, für 1 Monat 1 Mark (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher 13608

Anzeigen kosten die halbspaltigen Zeilen oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvordrucken 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif - Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4 - 1000 jedes Tausend bei Zellaufgabe 4 - 1000 - Schluss der Annahme von Anzeigen für die 15. März Nummer früh 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21 Fernsprecher 4590 • Anzeigen-Abteilung Fernsprecher 2721.

Vor dem Abbruch der deutsch-chinesischen Beziehungen. Bagdad von den Engländern besetzt.

Jahrestage des Weltkriegs.

13. März 1916. An der Frontenfront entwickeln sich heftige Kämpfe. - Befreiung des Ortes Buxia bei Smyrna durch englische Kriegsschiffe. - Maschi (Schafra) wird von den Engländern besetzt.

Die neuesten Meldungen.

Die innerpolitische Lage in Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. März. In hiesigen politischen Kreisen kursiert das Gerücht, daß eine österreichische Kabinettskrise unmittelbar bevorstehe. Es wird bestimmt berichtet, daß der österreichische Ministerpräsident Clemens von Saurer zu demissionieren gedenke und daß an seine Stelle der jetzige Minister des Inneren Graf Czernin treten wird. Das Vorlesentum des auswärtigen Ministers ist dem Grafen Stephan Tisza übergeben worden.

Wien, 12. März. Anknüpfend an die gestern erfolgte Ankunft des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza wird in den ungarischen Kreisen berichtet, daß in Rückwirkung der Anwesenheit des Monarchen in Budapest doch noch eine Einigung über das neuwählende Kongressministerium erzielt werden dürfte. Wie verlautet, soll Graf Julius Andrássy an der Spitze der neuen Koalitionsregierung stehen.

Eine Kabinettskrise in Frankreich?

Genf, 12. März. Ob das Ministerium Briand bleibt oder geht, wird sich voraussichtlich schon Dienstag entscheiden. Eine Anzahl regierungstreuer Abgeordneter beabsichtigt bei Beginn der Sitzung eine Interpellation über die Regierungspolitik einzubringen, um den Kammerparlament Gelegenheit zu einer nochmaligen endgültigen Kräftprobe zu geben. Die Opposition rechnet bestimmt mit Briands Sturz. Die oppositionelle Presse ist voll froher Hoffnungen, und aus den Artikeln der briandkritischen Blätter liest man die helle Angst heraus. Allen Anschein nach erwartet sogar die Opposition, daß Briand die Gelegenheit benutzte, um sich mit Anstand zurückzuziehen, ehe ihn die Kammerkennung dazu zwingt. Freilich ist die Lage viel verwickelter, als auf dem ersten Blick erscheint. Die Anhänger Briands haften vor allem darauf, daß sich niemand finden wird, der Briand die Verantwortung abnimmt. Es ist also nicht unmöglich, daß die Kammerkennung wieder einmal mit einem Kompromiß endet.

Carson über die U-Bootgefahr.

Lugano, 12. März. Der englische Marineminister Carson erklärte im Aldwych-Club: Die deutsche U-Boot-Gefahr ist noch nicht beschworen. Im Februar wurde eine halbmillionentonnige von den Corsaren versenkt, wovon etwa die Hälfte englisch ist. Wenn die Torpedierungen so weiter gehen, werden wir 6 Millionen Tonnen im Jahre verlieren. Ich weiß nicht, ob die Dinge genau so liegen, aber wir haben die Pflicht, das Schlimmste anzunehmen.

Holland und England.

Haag, 12. März. Die Londoner Blätter besprechen ausführlich die Weigerung Hollands, den bewaffneten englischen Dampfer Prinzess Wilhelmina in den Rotterdammer Hafen einlaufen zu lassen. Obwohl Holland das Recht nicht absprechen, in seinen eigenen Häfen zu bestimmen, wen es zulassen wolle oder nicht, meinen die meisten Blätter, daß, falls Holland Fahrzeuge, die zur Selbstverteidigung bewaffnet sind, den Zugang verweigere, England darin eine Veranlassung erblicke, solche Schiffe künftig der Torpedierungsgefahr nicht mehr aussetzen und die Fahrt der Vorratsdampfer nach Holland fortan zu verbieten.

Haag, 12. März. Der Matin erzählt aus Washington: Wenn von den deutschen U-Booten ein amerikanisches Handelsschiff torpediert werde, sollte, wird die Kriegserklärung Amerikas an Deutschland sofort erfolgen.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 12. März befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Vom Tage.

Die alte Kaiserstadt Bagdad ist am 11. März in die Hand der Engländer gefallen. Damit hat die britische Heeresleitung einen bedeutsamen militärischen und politischen Erfolg errungen. Das Blatt hat sich in Mesopotamien und den angrenzenden Gebieten stark zugunsten Englands gewendet. Vor mehr als Jahresfrist standen britisch-indische Truppen schon einmal drohend in der Nähe Bagdads, und man rechnete in den Novembertagen 1915 in militärischen Kreisen schon ernstlich mit dem Fall der Hauptstadt Mesopotamiens. Damals aber wurde die britische Streitmacht unter General Townshend durch die Türken, deren Führung Marschall v. d. Goltz hatte, in dreitägiger Schlacht bei Retepshon geschlagen, der Rest bei Kut el Amara eingeschlossen und nach mühsamem englischen Entsatzversuchen am 28. April zur Kapitulation genötigt. Diese schwere Niederlage hat England sehr wehgetan. Der Fall Bagdads, der mit dem Rückzug der Türken aus Persien und kleineren politischen Erfolgen an der Südküste Hand in Hand geht, wird die politisch-moralische Wirkung seiner vorjährigen bösen Schlappe auf die Bevölkerung des Orients auslöschen, sein Ansehen in Asien und Afrika wieder aufrichten und ihm die Verhütung, den Islam für sich zu gewinnen, erheblich erleichtern. Die Gegensatz zwischen Arabern und Türken, die vielleicht ein früheres Überbrücken können, mögen jetzt neu aufklaffen, und unter diesen Umständen gewinnt der Aufstand des Emirs von Mekka vielleicht größeres Gewicht, als ihm bislang zukam.

So stellt sich die politische Bedeutung des Ereignisses dar, wenn man den Dingen ihr Recht gibt. Schwieriger ist die militärische Seite zu beurteilen. Die Engländer sind ein erhebliches Stück weiter in Mesopotamien eingerückt, haben einen Mittelpunkt wirtschaftlichen Lebens, der bei den mangelhaften Verbindungen für die Verpflegung und Ausrückung der osmanischen Truppen jedenfalls wichtig war, besetzt und zugleich die Türken genötigt, das besetzte Gebiet in Persien zu räumen. Sie sind offenbar in der Lage gewesen, den Türken eine Hebermacht entgegenzustellen, was nebenbei die Wirkung der allgemeinen Wehrpflicht in England vor Augen führt. Sie hat es möglich gemacht, daß eine großer Truppenmasse nach dem Orient gesandt werden konnte, ohne daß England sich in Indien und Ägypten zu gefährden brauchte. Ob nun diese Vorsätze fortgesetzt werden können, etwa bis zur Vereinigung der Engländer mit den in Armenien und Nordpersien stehenden Russen, das ist jetzt die Frage, um deren Beantwortung dort im Osten zu ringen ist. Die Türken haben möglicherweise durch die Zurücknahme ihrer Linien - die englische Schilderung zeigt, daß die osmanische Streitmacht nicht zurückgeworfen wurde, sondern zurückging, und daß die Engländer ihr unter kleineren Nachhutgefechten folgten - eine für sie ärmliche Verkrüppelung ihrer Stellung erreicht, die sie in den Stand setzen wird, das weitere Vordringen der Engländer zu verhindern. Der türkische Kriegsminister Enver Pascha hat sich zuversichtlich geäußert. Bleibt es bei dem jetzigen Stande der Dinge, so hat England freilich keine Entscheidung erreicht, die die Türken zum Nachgeben zwingt. Denn die Entscheidung des Krieges fällt dann in Europa; sollte sie von Mesopotamien aus kommen, so müßte der Vorkost bis zu den Küsten des Schwarzen Meeres, bis in die Nähe Konstantinopels, durchgeführt werden können. Das wäre aber ein unabsehbares Unternehmen, das außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden hätte, große Entfernungen in zum Teil wüsten oder kumpfigem Gebiet, das fast ohne Wege ist und nur zwei Eisenbahnstränge hat, darunter die noch nicht vollendete Bagdadbahn.

Indes hat England, wenn nicht ein neuer Umschlag erfolgt, doch auf alle Fälle ein wichtiges Ergebnis erzielt. Es ist einmal der Durchführungs seines Programms, eine Landverbindung zwischen Ägypten und Indien über Arabien und Persien herzustellen, einen großen Schritt nähergekommen, und es hat außerdem ein Pfand in die Hand bekommen, das es bei den Friedensverhandlungen gegen die vom Dierbund eroberten Gebiete in die Waagschale werfen kann. Es wird also wohl zu verstehen sein, wenn die Presse Englands und seiner Verbündeten den Fall von Bagdad als großen Erfolg

feiern wird. Sie würde es schon wegen der Ausdehnung des Ereignisses zur Einwirkung auf die islamitische Welt, auf die Neutralität und Verbündeten und auf das eigene Volk tun - sie hat aber, das darf nicht verkannt werden, auch in der Sache selbst liegende Berechtigung dazu.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus wird uns vom Montag geschrieben:

Die Debatte über den Eisenbahnetat würde heute vor äußerst schlecht besetztem Hause fortgesetzt. Herr Macco von den Nationalliberalen zog daraus gleich eine Ruhanwendung, indem er den schwachen Besuch als Illustration zu dem Beschluß des Herrenhauses in Sachen des Plänengesetzes bezeichnete. Im übrigen beschäftigte sich dieser Redner hauptsächlich mit den Fragen des Güterverkehrs. Der Volksparteiler Dejer machte dem Eisenbahnminister das Kompliment, daß seine Rede in angenehmem Gegensatz zu den Reden anderer Minister gestanden habe - für einen Liberalen von angeblich demokratischer Färbung ein recht überflüssiges Lob. Denn Herr v. Breitenbach mag ein noch so tüchtiger Verwaltungsbeamter sein - aber modernen oder gar demokratischen Geistes wird man ihm schwerlich nachweisen können. Das beweist seine scharfe Ablehnung jeder grundsätzlichen Eisenbahnreform und seine Behandlung der Arbeiterfragen. Herr Dejer gehört freilich selbst, wie seine Rede beweist, zu den zaghaften Eisenbahnpolitikern, die zwar nach Reformen rufen, aber vor jedem energischen Eingriff in das jetzige System zurückbleiben. Sogar mit der Tarifserhöhung vermag er sich abzufinden, nur soll sie erst nach Kriegsende eingeführt werden. Der Eisenbahnminister selbst erklärte denn auch, daß die beabsichtigte „Umgestaltung“ - lies Erhöhung! - der Tarife erst im Frieden möglich sein werde. Ein höchst magerer Trost!

Mit größerer Entschlossenheit als der Volksparteiler vertrat Reinert die Forderung der Betriebsvereinfachung durch Beseitigung der ersten und zweiten Klasse. Ueberhaupt fand er, ohne sich Kirchwagens Pläne im einzelnen zu eigen zu machen, manches Erwünschene in den Vorschlägen dieses Fröhmanns, dessen Autorität ihm keineswegs so ansehbar erscheint, wie es Eisenbahn- und Finanzminister dargestellt hatten. Eingehend behandelte der Redner die Lohnverhältnisse der Eisenbahnangestellten und Arbeiter, speziell diejenigen der Waggonfabriken, die in keinem Verhältnis zu den Mehrforderungen der Lieferanten stehen.

Dienstag Fortsetzung der Debatte und kleinere Etats. Am Mittwoch will das Abgeordnetenhaus dem Herrenhaus die Antwort geben.

Vor einigen Tagen brachte die Züricher Post einen Leitartikel, der sich mit der Stimmung in England beschäftigte. Es wurde darin gesagt, daß Lloyd George es versteht, die Zuversicht des Landes zu stärken, aber am politischen Horizont hingen zwei Wollen: Rußland und Italien, die wachsende Besorgnisse erregten. Die neuesten Nachrichten aus diesen beiden Ländern zeigen, daß die englischen Sorgen nicht unbegründet sind.

Ueber die erste Sitzung der neuen Session der Duma hatte die offiziöse Petersburger Telegraphenagentur berichtet, daß sie einen ruhigen Verlauf genommen habe. Nach den jetzt vorliegenden Schilderungen der russischen Presse, von denen das Volkische Bureau Auszüge gibt, ist aber doch an der Regierung scharfe Kritik geübt worden, besonders in der Frage der Lebensmittelversorgung. Der Landwirtschaftsminister Nitich gab zuerst eine kräftige Schilderung des Lebensmittelmarktes. Beim Einkauf von Getreide für die Armee stände man vor unüberwindlichen Schwierigkeiten. Die Lebensmittelversorgung hätte mit ihren Vorräten zurück, das Vertrauen zur Regierung werde bei ihr immer mehr untergraben. - Es wird weiter berichtet:

Nach Nitich verließ der Stobisch Schidlowski eine Erklärung des progressiven Bloks die die jetzige Regierung für unfähig erklärte, das Vertrauen des Landes zu erwerben. Hieran sprach der Sozialist Tschelidze, der sich hauptsächlich gegen die Politik des progressiven Bloks wendete. Er gestand, daß der progressive Blok das Friedenangebot Deutschlands für unwert erachtete, um sich damit zu befassen. Bisher habe der Blok

trich seiner konsequenten Kriegspolitik keine Änderung des Regie- rungsystems herbeiführen können. Solche Änderung könne nur ein Kampf im Innern des Volkes herbeiführen. Tschelische schloß: Die jetzige Regierung strebt dem Abgrund zu und wird auch endgültig mit hineingezogen.

Paritätswirtschaftige u. a.: Die deutschfreundliche Partei gewinnt in unserm Vaterlande täglich Boden. Die Regierung ist demoralisiert und drängt Rußland dem Abgrund zu. Der Führer der Progressiven Fraktion G. J. G. bezeichnet die Verhaftung der Arbeitergruppe des Kriegsindustriekomitees als einen Schlag ins Gesicht des ganzen russischen Volkes. Die Lage des Landes sei katastrophal. Unter der Bevölkerung greife immer mehr Hoffnungslosigkeit Platz. Die Zahl derjenigen, die an der Duma vorbei Wege zur Beseitigung des Systems suchten, wachse täglich.

Nach neueren Meldungen soll die russische Regierung beabsichtigen, die Duma, deren Legislaturperiode in diesem Jahre abläuft, in nächster Zeit zu schließen. Neuwahlen brauchte sie erst für das Ende des nächsten Jahres auszusprechen, so daß sie länger als anderthalb Jahre ohne parlamentarische Kritik auskommen könne. Ob die Regierung diesen Schritt wagen wird, erscheint noch sehr zweifelhaft, denn auch der Zarismus weiß, was er an der Duma hat. Das russische Parlament besitzt nur recht geringe wirkliche Macht; dafür bildet es ein Ventil für die bürgerliche Unzufriedenheit, die sich leicht nach einer gefährlicheren Richtung entladen kann, wenn die Duma geschlossen ist.

Es scheint indessen, als sollte auch dieses Ventil versagen. Ueber Unruhen in Petersburg liegen Meldungen vor; die nicht von sensationslüsternen Berichterstattern in Stockholm oder Kopenhagen verbreitet werden, sondern vom Bureau Reuter und von der Petersburger Telegraphenagentur. Sie tragen also offiziellen Charakter, und man darf annehmen, daß die Vorgänge in Petersburg und wahrscheinlich auch in andern Städten Rußlands nicht nur lokale Ausbrüche der über Teuerung und Lebensmittelmangel erregten Volksmassen waren, sondern eine viel ernstere Bedeutung haben. Da wir jedoch nichts weiter von ihnen wissen, so müssen wir uns vorläufig jeder Voraussage über die mögliche künftige Entwicklung der innerpolitischen Lage Rußlands und ihre Rückwirkung auf die russische Kriegspolitik enthalten.

Daß es in Petersburg schlimm stehen muß, kann man daraus schließen, daß die Duma einstimmig eine Tagesordnung Miljukow annahm, in der die sofortige Verlegung von Petersburg, Moskau und andern industriellen Städten mit Lebensmitteln verlangt wird. Die Tagesordnung fordert außerdem die Zulassung von Arbeitervertretern in das Komitee für nationale Verteidigung. Die Annahme der Tagesordnung erfolgte, während die Arbeitermassen streikten. Zahlreiche Manifestanten haben gefordert, um gegen die Brotnot Einspruch zu erheben. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Ministerpräsident Gollighn rief einen dringenden Ministerrat zusammen, zu dem auch die Präsidenten und Vizepräsidenten des Senats und der Duma sowie der Oberbürgermeister von Petersburg und andre Persönlichkeiten eingeladen wurden. Das erste Ergebnis der Beratungen scheint die Proklamation des Petersburger Truppentendanten gewesen zu sein.

In der italienischen Kammer wurde in der vorigen Woche wiederholt heftige Kritik an der Regierung geübt. So sprach der Sozialist Ferris sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung es unterlassen habe, auf das deutsche Friedensangebot zwecks Anknüpfung weiterer Verhandlungen einzugehen, und kritisierte die Erklärung Bonar Lows, daß die deutschen Kolonien niemals an Deutschland zurückgegeben würden; nach Ferris Ansicht müßten diese doch ein Kompensationsobjekt bilden. Seine Ausführungen lösten in der Kammer ein lebhaftes Protestgeschrei aus. Mit erhobener Stimme fortfahrend, rief er aus, er würde ein Verräter des eigenen Gewissens sein, wenn er nicht wünschte, daß sich unter den Kämpfenden einer fände, der die Absicht und die Mittel dazu habe, den Krieg der Menschheit und Europa zu ersparen, statt ihn militärisch zu beenden.

In einer späteren Sitzung griff der Abgeordnete G. J. G. Campagna, ein Anhänger Giolittis, die Regierung wegen ihrer mangelhaften Fürsorge in der Lebensmittelversorgung an. Der römische Mitarbeiter der Neuen Zürcher Zeitung meint von ihm, daß er sich nicht entblödet habe, die Rolle Piednechts in Italien zu spielen. Dieser ententefreundliche Mitarbeiter gesteht übrigens ein, daß Italien, Frankreich und England unter dem „Unterseebootkrieger“ leiden und daß die englischen Einfuhrverbote für Luxuswaren ebenso wie das italienische Ausfuhrverbot für Südkrümel eine enorme Entwertung des italienischen Geldes verursacht habe.

In der Sonnabendssitzung der Kammer antworteten zwei Vertreter der Regierung auf die gegen sie erhobenen Vorwürfe. Der Lebensmittelkommissar Canopa schloß seine Rede mit dieser Wendung:

„Die gegenwärtige Krise treffe alle Alliierten und Neutralen und vor allem die Feinde. Die Gefahr einer Hungersnot bestehe nicht, aber das Land müsse sich disziplinieren zeigen und müsse die nötige Willenskraft zum Durchhalten haben, was den endgültigen Sieg sichern und beschleunigen werde.“

Ob sich die Kammer dabei beruhigt hat, ist noch nicht bekannt.

Die Lebensmittelfrage wird auch in England und Frankreich immer schwieriger. In Frankreich hat man vor kurzem erst nach Kohlen und dann nach Butter „gestanden“, und in England macht sich vor allem eine außerordentliche Knappheit an Kartoffeln bemerkbar. Ob diese Tatsachen allein eine Folge des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sind, soll hier unerörtert bleiben. In Frankreich muß mindestens die Ursache u. a. auch in der außerordentlichen Kälte gesucht werden, die die genügende Ausnutzung des weitverbreiteten Kanalnetzes zu Transportzwecken verhindert.

Vor allem scheint es uns ratjam, nicht übertriebene Erwartungen auf die Lebensmittelnot bei den andern Völkern zu setzen. Wir sehen täglich, wieviel ein Volk zu ertragen vermag, und wie Frankreich und England die gleiche Stufe der Not erreicht haben, kann noch eine lange Zeit vergehen. Vor kurzem sind in England die Lebensmittelvorräte festgestellt und danach geprüft worden, wieviel der hauptsächlichsten Lebensmittel pro Kopf gebraucht werden dürfen. Als diese notwendigsten Lebensmittel werden Fleisch, Brot und Zucker bezeichnet. Man hofft ohne zwangs-

mäßige Beschränkung auszukommen, wenn jeder daran denkt, daß die Zwangsmassnahmen eine Menge Arbeitskräfte kosten, die nicht unnötigerweise der Industrie entzogen werden dürfen.

Brot soll nicht mehr als drei Pfund in deutschem Gewicht pro Woche verbraucht werden, wie diesen drei bis vier Pfund beziehen. Dagegen soll auf den englischen Haushalt pro Kopf und Woche zwei und ein halb englische Pfund, das sind 2 1/2 Pfund deutsches Gewicht, an Fleisch fallen. In Berlin werden augenblicklich 250 Gramm, also ein halbes Pfund, als erlaubt bezeichnet, und leider muß festgestellt werden, daß wir trotz unseres ungeheuren Zuckerrübenbaues, dem England, wie Herr Helfferich noch kürzlich betonte, nichts gleichzustellen hat, auch weniger Zucker erhalten als der britische Staatsbürger. Wir dürfen alle 15 Tage 375 Gramm erhalten, während den englischen Familien pro Kopf und Woche 340 Gramm zugebilligt werden. Ueber Kartoffeln ist nichts vorgeschrieben, aber man darf schon annehmen, daß sie in England knapp sind — der beste Beweis sind die in den Zeitungen erscheinenden Rezepte für „kartoffellose Tage“ — nur steht dem Mangel an Kartoffeln das Vorhandensein von Gemüse und Obst in ausreichender Menge gegenüber, das vom deutschen Markt augenblicklich ganz verschwinden ist.

Natürlich ist es fraglich, ob auf die Dauer in England die gleichen Rationen aufrechterhalten werden können, oder ob der U-Boot-Krieg eine Reduktion nötig machen wird, aber der Aufbruch des Nahrungsmittelmarktens oder -kontrollens, wie er in England genannt wird, ist am 3. Februar veröffentlicht, zu einer Zeit, wo die deutsche Anknüpfung des unbeschränkten U-Boot-Krieges bekannt war. Zweifellos hat man also die Torpedierung von Frachtschiffen in Rechnung gestellt, und es bleibt immerhin beachtenswert, daß man trotzdem noch nicht zu Zwangsmassnahmen übergeht, sondern sich mit einer allgemeinen Mahnung begnügt.

Den ärmeren Klassen wird das Einhalten der festgesetzten Proportionen am schwersten werden. Sie können das Fleisch nicht in der erlaubten Menge konsumieren, weil es zu teuer ist, und ebenso geht es mit dem Zucker. Sie müssen sich also am Brot schadlos halten und werden die ihnen auferlegte Beschränkung des Verbrauchs ebenso empfindlich spüren wie wir hier, wie ja überhaupt die eigentlichen Leidtragenden im Kriege überall die proletarischen Schichten sind.

Die sechste deutsche Kriegsleihe.

Vom 15. März bis zum 16. April wird die sechste deutsche Kriegsleihe zur Zeichnung aufgelegt werden. Sie besteht wieder in fünfprozentigen Schuldverschreibungen und ferner in viereinhalbprozentigen, mit 110 Prozent bis 120 Prozent auslosbaren Schahamweisungen, wobei der Zeichnungspreis für beide Anleihearten auf 98 vom Hundert (Schuldverschreibungen der fünfprozentigen Reichsanleihe mit Sperr bis zum 15. April 1918 97,80 Mark) unter Verrechnung der üblichen Stückzinsen festgesetzt ist. Die Einzelheiten der Zeichnungsbedingungen ersuchen unsere Leser aus dem Inserat des Reichsbank-Direktoriums in unserer heutigen Nummer. Neuartig an den Zeichnungsbedingungen ist die Ausgabe von 4 1/2 prozentigen Schahamweisungen, die im Falle der Auslosung nicht zum Nennwert, sondern mit 110 bis 120 eingelöst werden. Ueber diese Schahamweise ist noch folgendes mitzuteilen:

Die Auslosungen beginnen im Januar 1918, sie erfolgen dann zweimal im Jahre, jeweils im Januar und im Juli. Die Rückzahlung erfolgt im Falle der Auslosung mit 110 Mark für je 100 Mark Anleihebetrag. Das Reich ist berechnigt (nicht verpflichtet), alle nicht ausgelosten Schahamweisungen frühestens am den 1. Juli 1927 zu kündigen, und läßt dann die Rückzahlung der gekündigten (wohl zu unterscheiden von ausgelosten) Schahamweisungen zum Nennwert erfolgen. Der Inhaber einer nicht ausgelosten, sondern gekündigten Schahamweisung würde sich mithin schlechter stellen, als der Eigentümer einer ausgelosten. Das Reich räumt ihm jedoch die Möglichkeit ein, sich diesem Nachteil dadurch zu entziehen, daß er — falls das Reich zum 1. Juli 1927 oder später vom Kündigungsrecht Gebrauch macht — statt der Rückzahlung vierprozentige Schahamweisungen fordert, die dann wieder regelmäßig ausgelost werden, und zwar mit 115 Mark für 100 Mark Nennwert.

Frühestens zehn Jahre nach der ersten Kündigung, also frühestens am den 1. Juli 1927, ist das Reich wiederum berechnigt, die dann noch nicht mit 115 Prozent ausgelosten vierprozentigen Schahamweisungen zum Nennwert zu kündigen. Und wiederum hat der Eigentümer die Möglichkeit, statt der Barzahlung Schahamweisungen, und zwar diesmal dreieinhalbprozentige, zu fordern, die mit 120 Prozent nach demselben Tilgungsplan wie vordem die viereinhalbprozentigen und vierprozentigen Schahamweisungen ausgelost werden. Eine weitere Kündigung zum Nennwert darf das Reich nicht vornehmen, doch werden alle bis auf den 1. Juli 1927 nicht ausgelosten Schahamweisungen an diesem Tage zurückgezahlt, und zwar nicht zum Nennwert, sondern mit dem alsdann für die Rückzahlung der ausgelosten Schahamweisungen maßgebenden Betrage, also je nachdem, ob und in welcher Weise das Reich von seinem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht hat, mit 110 Prozent, oder 115 Prozent, oder 120 Prozent.

Da diese auslosbaren Schahamweisungen zu 98 Mark aufgelegt werden, so ergeben sich für die Zeichnenden sehr günstige Aussichten. Ohne Berücksichtigung des Auslosungsgewinnes stellt sich die Verzinsung für den Erwerber der Schahamweisungen auf 4,59 Prozent. Das Bild ändert sich aber wesentlich, wenn man den Gewinn mit in Rechnung stellt, der sich im Falle der Auslosung ergibt. Für eine Schahamweisung, die beispielsweise nach fünf Jahren ausgelost wird, verbleibt außer der Verzinsung von 4,59 Prozent nach fünf Jahren ein Gewinn von 10 Prozent, der, wenn man ihn auf fünf Jahre gleichmäßig verteilt, die Nettoernte auf über 6 1/2 Prozent steigert.

Die ersten Einzahlungen können bereits vom 31. März an geleistet werden. Da der Zinslauf, und zwar beider Anleihearten, am 1. Juli 1917 beginnt, der erste Zinschein mithin am 2. Januar 1918 fällig wird, ist denen, die bereits am 31. März Zahlungen leisten, ein Vierteljahr Zinsen zu vergüten, das heißt, bei einer Kollatzahlung von beispielsweise 1000 Mark Anleihe am 31. März empfangen die Zeichner der fünfprozentigen Schuldverschreibungen eine Zinsvergütung von 1 1/4 Prozent gleich 12,50 Mark, die Zeichner der viereinhalbprozentigen Schahamweisungen eine Ver-

gütung von 1 1/4 Prozent gleich 11,25 Mark. Der Zeichnungspreis ermäßigt sich mithin im Falle der Kollatzahlung am 31. März auf 96 3/4 Prozent für die fünfprozentigen Schuldverschreibungen, auf 96,55 Prozent für Schuldverschreibungen der fünfprozentigen Reichsanleihe und auf 96 3/4 Prozent für die viereinhalbprozentigen Schahamweisungen. Es folgt die Zahlung später, so werden entsprechend weniger Zinsen vergütet.

Der erste Pflichtzahlungstermin ist der 27. April. An diesem Tage müssen 30 Prozent des dem Zeichner zugeteilten Betrages an Kriegsleihe bezahlt werden. Am 24. Mai werden weitere 20 Prozent und am 21. Juni und 18. Juli jeweils 25 Prozent fällig. Diese Pflichtzahlungstermine müssen von den Zeichnern innegehalten werden, sofern die Summe der fällig gewordenen Teilbeträge wenigstens 100 Mark ergibt.

Für beide Anleihearten sind also die Zeichnungsbedingungen recht günstig, so daß die Regierung ein gutes Ergebnis der sechsten Kriegsleihe erwartet.

Unruhen in Petersburg.

Amsterdam, 12. März. Einem hiesigen Blatte zufolge meldet Times aus Petersburg: Am Sonnabendmorgen herrschte große Aufregung auf den Straßen, Kavalleriepatrouillen durchzogen die Stadt nach allen Richtungen. Die Menge jubelte den Truppen zu. Die ganze Angelegenheit hätte nicht so gefährlich ausgesehen, wenn nicht die Leute stundenlang vor den Brotläden gestanden hätten, aber durch die Anwesenheit Tausender von Wartenden erstellten die Lebensmitteldemonstrationen ein ernsthaftes Aussehen. Die Läden wurden in den äußeren Vierteln und in den Fabrikvierteln ernsthaft beschädigt. Aus Moskau liegen noch keine Berichte vor. Dort muß die Lebensmittelkrise ernsthafter gewesen sein als in Petersburg.

Eine offizielle Darstellung.

Kopenhagen, 12. März. (W. T. N.) Die die Petersburger Telegraphenagentur meldet, verursachten die außerordentlichen starken Schneefälle dieses Winters ernste Störungen im Getreideverkehr der russischen Eisenbahnen. Die Schwierigkeiten der regelmäßigen Versorgung der Hauptstadt riefen in der Bevölkerung übertriebene Forderungen hervor. Die Bevölkerung fing an, sich auch die Brotvorräte zur Neige zu gehen, an, Brot mit Gewalt fortzunehmen und führte auf diese Weise einen mehr oder weniger stillstehenden Mangel herbei. Besonders Frauen der unteren Stände riefen in einigen Stadtteilen Unruhen hervor, die aber dank der energischen Maßnahmen der Behörden nirgends ernsthaften Charakter angenommen haben. Gleichzeitig sei eine Reihe von außerordentlichen Maßnahmen getroffen worden, so der öffentliche Verkauf von Brot in verschiedenen Stadtvierteln. Da überdies die Schneefälle nachgelassen haben, sei die normale Versorgung der Hauptstadt nur noch eine Frage kurzer Zeit.

Weitere Einzelheiten.

Stockholm, 12. März. Der Vossischen Zeitung wird berichtet: Montagabend erfolgten die ersten Unruhen. Die herangezogene bewaffnete Polizei versuchte die Menge zu zerstreuen und gebrachte die blanke Waffe, wodurch die ersten Opfer, etwa 20, teils getötet, teils schwer verwundet wurden. Die Nacht vom Dienstag verlief verhältnismäßig ruhig. Aber in verschiedenen Stadtteilen patrouillierten Kosaken und Gendarmen zu Pferde. Am frühen Dienstagmorgen stellte sich vor den großen Mischlagern des Alexander-Nemski-Klosters und bei der Reichsbank eine Menschenmenge ein, die bald zu unerschütterlichen Tausenden wuchs. Als man versuchte, die Läger zu säubern, erschien am der Spitze von Kosaken der Petersburger Polizeipräsident. Nach zweimaliger vergeblicher Warnung wurde von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. Aber auch an der Menge erfolgten Schüsse, und einige Minuten darauf gab es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete. Um 10 Uhr zählte man 40 Tote und 120 Verwundete. Nach einem weiteren Bericht wird die Zahl der Opfer auf 300-400 geschätzt. Bemerkenswert ist, daß bei der zweitägigen Hungerrevolte aus der Menge Anse nach Frieden mindestens, ebenso oft wie die Anse nach Brot erklangen. In Petersburg politischer Kreise herrscht Furcht, daß die angebrochene Revolte nur ein unbedeutendes Vorspiel zu weit ernstere Unruhen sein werde.

Der Konflikt mit Amerika.

Die Ansicht des Staatsdepartements.

New York, 11. März. (Neuermeldung.) Der Korrespondent der Associated Press meldet, daß nach Ansicht des Staatsdepartements ein bewaffnetes amerikanisches Handelsschiff berechtigt sein würde, beim bloßen Erscheinen eines deutschen U-Boots oder Periskops alle Maßregeln zu seiner Verteidigung zu treffen, in der Annahme, daß das deutsche U-Boot feindliche Absichten habe. Nach dieser Ansicht könnte ein bewaffnetes amerikanisches Handelsschiff auf ein deutsches U-Boot sofort feuern, sobald es gesichtet würde. Diese Ansicht gründet sich auf die von Deutschland verkündete Absicht, auf Sicht in bestimmten Zonen alle Schiffe zu verhaften, einzeln, ob sie neutral oder kriegsähnend, Passagierdampfer, Frachtschiffe oder Beförderer von Banware sind.

Die Lage in Mexiko.

Bern, 11. März. Petit Parisien meldet aus Washington: Die Lage in Mexiko wird benarühigend. In Washington eingelaufene Nachrichten besagen, daß geheime Verabredungen von Mexiko anlässlich oder aus den Vereinigten Staaten eingetroffenen Deutschen in Veracruz und Monterey fast täglich stattfinden. In der Nähe der Stadt Mexiko, wurde kürzlich eine sehr starke Panzerkation errichtet, die direkt mit Deutschland verkehrt. Die Gerüchte, daß U-Boot-Stationen im Golf von Mexiko bestehen, scheinen sich zu bestätigen, ebenso daß die dortigen deutschen U-Boote die Aufgabe haben, die Petroleumausfuhr nach England zu unterbinden. Für die heute stattfindende Präsidentenwahl ist Carranza bisher der alleinige ernsthafteste Kandidat, vielleicht tritt in letzter Stunde auch noch der Minister Obregon auf. Die Washingtoner Regierung gab Anweisungen, alle deutschen Treibereien zu bekämpfen und bereitet sich auf alle Fälle vor.

Berlin, 12. März. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt zur mexikanischen Angelegenheit: Obwohl aus dem Bericht über die Verhandlungen des Hauptauschusses des Reichstags bekannt ist, daß die Instruktion für unsern Gesandten in Mexiko als diffinierte Weisung nach Washington gegangen ist, wird in der Presse wiederum von einem „Zimmermannsbrieft“ gesprochen und die Unversichtlichkeit des britischen Verfahrens erörtert. Wir möchten daher erneut ausdrücklich feststellen, daß die Instruktion überhaupt nicht auf brieflichem Wege abgegangen ist, und zwar weder von hier nach Washington, noch von Washington nach Mexiko.

China und Deutschland.

Peking, 11. März. (Neuermeldung.) Das Abgeordnetenhaus hat in geheimer Sitzung die Politik der Regierung einschließend des Abbruchs der Beziehungen zu Deutschland mit einer Mehrheit von 300 Stimmen genehmigt.

Peking, 6. März. (Neuermeldung.) Nach den letzten Nachrichten über die politische Krise ist die Haltung des Präsidenten in der Frage der chinesisch-deutschen Beziehungen schwankend gewesen. Er wehrte sich energisch gegen den Beschluß des Ministerrats, die Beziehungen zu Deutschland abbrechen und darüber hinausgehende Maßregeln zu treffen, wobei auch an die Möglichkeit eines

Anschlusses an die Entente gedacht wurde. Der Präsident erklärte, daß er allein das Recht habe, Krieg zu erklären. Er vertraute schließlich die Lösung der Krise dem Vizepräsidenten Tenglischang an, der nach Tientsin abreiste, um den Ministerpräsidenten aufzufordern, seine Demission zurückzugeben. Dieser Versuch des Vizepräsidenten soll gelungen sein und der Ministerpräsident lehnte heute Abend nach Peking zurück.

Graf Bernstorff in Kopenhagen.
Kopenhagen, 12. März. (Meldung des Nilsaushen Bureaus.) Der Dampfer Frederik VIII., mit dem Grafen Bernstorff und den deutschen Konsularbeamten aus Amerika an Bord, ist heute vormittag um 1/2 11 Uhr in Kopenhagen angekommen. Der hier deutsche Gesandte Graf Brockdorff zu Rantzau nahm mit dem Grafen Bernstorff auf dem Schiffe das Frühstück ein. Graf Bernstorff und die Konsularbeamten werden wahrscheinlich an Bord bleiben, bis sie morgen im Sonderzug nach Berlin abreisen.

Gerard in Havanna.
London, 12. März. (W. T. A.) Die Blätter berichten, daß Gerard am Sonntag in Havanna angekommen ist.

Der verschärft U-Boot-Krieg.

Ueber 35 000 Tonnen Schiffsraum im Mittelmeer versenkt.
Berlin, 12. März. Im Mittelmeer wurden versenkt sechs Dampfer und acht Segler mit zusammen über 35 000 Tonnen, darunter am 17. Februar der bewaffnete französische Postdampfer gestrichelte Truppentransportdampfer Athos, 12 644 Tonnen, mit einem Bataillon Senegalesen sowie tausend chinesischen Munitionsarbeitern an Bord; am 27. Februar ein bewaffneter beflagelter Transportdampfer von etwa 5000 Tonnen; am 3. März ein bewaffneter Transportdampfer von 5000 Tonnen mit Eisenbahnmaterial als Ladung, am 6. März der italienische Dampfer Porto di Smyrne, 2576 Tonnen, mit Mehl und Stroh aus Genua nach Alexandria; am 7. März ein bewaffneter von Begleitfahrzeugen gesicherter Transportdampfer von etwa 8000 Tonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Weitere Versenkungen.

Christiania, 12. März. (Meldung des Norwegischen Telegraphenbureaus.) Der Dampfer Dampfer Lars Forsten ist heute in der Nordsee außerhalb der Gefahrenzone versenkt. Die Mannschaft wurde in Bombroste gelandet. Das Grimsstadter Segelschiff Silas (750 Br.-Metz.-T.) wurde versenkt. Der Christianiaer Dampfer Hilda (1450 Br.-Metz.-T.) wurde in der Nordsee außerhalb der Gefahrenzone versenkt. Ein Schiffsoffizier wurde getötet, drei Leute sind krank oder verwundet. Das Schicksal der übrigen Besatzung ist unbekannt. Das Torpedoboot Segelschiff Spartan (2257 Tonnen) wurde außerhalb des Nordseegebietes versenkt. Die Mannschaft wurde in Irland gelandet.

Oslo, 12. März. (W. T. A.) Die Niederländisch-Indische Dampfschiffahrtsgesellschaft erhielt aus Batavia die Nachricht, daß der Dampfer Kras in der Lajonkühlung von einem deutschen U-Boot torpediert worden sei. Die Besatzung soll gerettet sein. Der holländische Dampfer Witroon, der als torpediert gemeldet war, ist wohlbehalten in Ymbiden angekommen.

Vom weissen Kriegsschauplatz.

Vor großen Ereignissen.
Paris, 11. März. (Havasmeldung.) Die Westfront scheint aus ihrer Erstarrung hervorzutreten zu wollen. Die Anzeichen von Tätigkeit mehren sich und klüftigen Ereignisse an, die man mit größtem Vertrauen erwartet.

Berlin, 11. März. Wolffs Bureau teilt mit: Eine ähnliche Voraussetzung hinsichtlich Ereignisse an der Westfront an, die man in Frankreich mit größtem Vertrauen erwartet. Auch wir sehen diesen Ereignissen mit großem Vertrauen entgegen.

Der Balkankrieg.

Der bulgarische Seeresbericht.
Sofia, 11. März. Amtlicher Seeresbericht vom 11. März. Kriegsschauplatz an der ganzen Front. In der ganzen Front schwache Aktivitäten; der Kampf beschränkt sich auf vereinzelte Artillerieaktionen, das an gewissen Stellen bei den vorgeschobenen Abteilungen von schwachem wechselseitigen Gewehr- und Maschinengewehrfeuer begleitet war. Rumänische Front. Bei Jaceca und Tulcea Gewehrfeuer und vereinzeltes Geschützfeuer.

Vom türkischen Krieg.

Der türkische Tagesbericht.
Konstantinopel, 11. März. Amtlicher Seeresbericht. Kaukasus-Front. Angriffsversuche starker jüdischer Expeditionen gegen zwei Stellen westlich des Kaukasus wurden vereitelt. Sinai-Front. Ein englisches Flugzeug wurde abgeschossen, sein Beobachter, ein australischer Offizier, wurde gefangen genommen. Das wenig beschädigte Flugzeug ist in unserm Besitz. Am Hebräer wurde eine Bande ausfindig gemacht, 500 Karavaten, in einen Hinterhalt gelockt und mit schweren Verlusten für sie zerstört. An den andern Fronten kein Ereignis von Bedeutung. Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Die Engländer in Bagdad.

Englischer Seeresbericht aus Mesopotamien. Wir überwinden den Feind, indem wir bei Mondscheln am Dienstag den Diale überschritten. Auf dem rechten Ufer richteten wir an der Dialebrücke unterhalb der Mündung des Diale einen starken Posten ein. Eine starke Abteilung marschierte auf dem rechten Ufer Stromaufwärts, fand den Feind 8 Meilen südlich von Bagdad und trieb ihn 2 Meilen zurück. Wir erzwangen den Übergang über den Diale am Freitag und rückten 4 Meilen in der Richtung auf Bagdad vor. Unsere Streitkräfte auf dem rechten Ufer von dem Feind aus der zweiten Stellung und schlugen auf dem genannten Gelände ein Lager auf. Es herrschten Sandstürme und heftiger Wind. Wir drängten die Türken am Sonnabend 3 Meilen westlich und südwestlich Bagdad zurück und besetzten Bagdad am Sonntag morgen.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

London, 10. März. Amtlicher Bericht aus Mesopotamien. Unsere Kanonenboote und unsere Kavallerie entdeckten am 7. d. M. den Feind, der in verhältnismäßig großer Zahl eine Linie am Diale aufgestellt hielt. Am folgenden Tage verwickelten wir den Feind in ein Gefecht. Die Mäurung der sehr sorgfältig ausgebauten Artilleriepositionen durch den Feind ist unsern schnellen Vorstößen von Diale her zum Opfer gefallen.

Enver Pascha über die Kriegslage.

Konstantinopel, 10. März. (Meldung der Depeschen-Agentur Wolff.) Der von der Sinaifront zurückgekehrte stellvertretende Oberbefehlshaber Enver Pascha äußerte in der Kammer gelegentlich der Besprechung des Kriegsbudgets über die allgemeine Lage, die Verbündeten warteten mit Ruhe die von den Feinden vermutlich im kommenden Frühjahr auf irgendeiner Front geplante Offensive. Ueber das von den Mittelmächten ebenfalls geplante Vorgehen müsse er Schweigen bewahren. An der Sinaifront, bezugnehmend im Kaukasus sei die Lage unverändert. In der mesopotamischen Front seien die Streitkräfte gegen den nördlichen Diale zurückgegangen. An der persischen Front seien sie gegen Akramadschah zurückgezogen worden. Die Verteidigung der Mesopotamien und der Türkei sei nie gefährdeter gewesen. Man dürfe vertrauen, den endgültigen Sieg zu erringen.

Deutschland.

Eine Reform des preussischen Herrenhauses
fordern die Nationalliberalen in einem Antrag, den sie im Abgeordnetenhaus eingebracht haben. Die Regierung soll ersucht werden, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch eine Veränderung in der Zusammensetzung des Herrenhauses in der Art herbeigeführt werde, daß unter Aufrechterhaltung des künftigen Verfassungsrechtes, aber unter Verringerung aller Familien- und Standesrechte, die bisher die Mitgliedschaft zum Herrenhause begründeten, allen größeren Kommunalverbänden und allen für das wirtschaftliche und kulturelle Leben des Volkes wichtigen Berufs- und Berufsvereinigungen eine aus Wahlen hervorgehende und ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung im Herrenhause gewährt werde.

Auch der Freiherr v. Jellich wird das preussische Herrenhaus reformieren. Er verlangt in der Post, daß das völlig unberechtigte Uebergewicht des ostelbischen Kleinadels beseitigt und dem Handel, der Industrie, dem Gewerbe, der Bauernschaft und der organisierten Arbeiterschaft der ihnen gebührende Raum eingeräumt werde. Am Wese des Herrenhauses wird auch dann nichts geändert, wenn einige „Arbeiterführer“ darin Platz nehmen dürfen.

Zur Sicherstellung der Ackerbestellung

Ist am 31. März 1915 eine Verordnung des Bundesrats erlassen worden, die bis zum Ablauf des Jahres 1917 Geltung haben sollte. Diese Verordnung wurde jetzt bis zum Ende des nächsten Jahres verlängert. Sie soll die Möglichkeit geben, landwirtschaftliche Grundstücke, die von dem Nutzungsberechtigten unbefristet gelassen sind, in öffentliche Bewirtschaftung zu überreichen. Dazu wird jetzt noch mitgeteilt:

In Verbindung mit dieser Aenderung ist die Frage geprüft worden, ob Sondervorschriften über einen Anbauzwang, insbesondere zur Aufrechterhaltung des Kartoffelbaues, zu erlassen sind. Es ist davon abgesehen worden, in dieser Richtung besonderes zu veranlassen. Schon das geltende Recht gibt in den Vorschriften über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsgesetzgebung die Möglichkeit, erforderlichenfalls einen Zwang auf die Art des Anbaues auszuüben. Die gegen die Anwendung solchen Zwanges bestehenden Bedenken sind bekannt.

Die Regierung will also von einem Anbauzwang nichts wissen. Wir müssen deshalb damit rechnen, daß die Bevölkerung im kommenden Versorgungsjahr wiederum fast mit Kartoffeln im Rohrücken abgefunden wird, die zwar einen weit geringeren Nährwert haben, dafür aber den Produzenten einen höheren Ertrag abwerfen.

Die Reichstagswahl in Kelzen für den gefallenen Abg. v. Mülling findet am 20. April statt. Kandidat der Welfen ist der Graf von Bernstorff, dessen Wahl sicher ist, da die übrigen Parteien Wahlenthaltung beschlossen haben.

Oesterreich-Ungarn.

Wann tagt der Reichsrat?
Einigen Wiener Abgeordneten, die im Auftrag einer deutsch-freiwirtschaftlichen Versammlung gekommen waren, erklärte Ministerpräsident Graf Czernin, es liege für ihn kein Grund vor, seine ursprünglichen Absichten auf Einberufung des Reichsrats zu ändern und etwa diese Frist bis zum Ablauf der Monate (im Juli) zu erweitern. Jetzt ist indes schon Mitte März — und noch ist von der Einberufung nichts zu hören.

Die Christlichsozialen Vereinarbeitung und der tschechische Verband haben abermals den Zusammentritt des Parlaments gefordert.

Italien.

Das Ergebnis der Anleihe.
Rom, 11. März. (Stefani.) Die Zeichnungen auf die neue fünfprozentige Anleihe betragen bis zum 11. März bei der Bank von Italien und bis zum 10. März bei den andern Zeichnungstellen mehr als 2 000 Millionen Lire, davon 2000 Millionen Barzeichnungen.

Der Kohlenmangel.

Peru, 10. März. (W. T. A.) Der Präfekt von Rom hat angeordnet, daß die römische Gasanstalt nur von 8 Uhr morgens bis 1 1/2 Uhr mittags und von 6 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr abends Gas unter normalen Druck abgeben darf. Während der übrigen Zeit kann nur an gewisse industrielle Betriebe Gas geliefert werden. Den Geschäften und Kaminen ist es verboten, in der Zwischenzeit das Gas durch Mineralöl zu ersetzen.

Türkei.

Neue Kriegskredite.
Konstantinopel, 11. März. (W. T. A.) Die Kammer hat nach dem Bericht des Kriegsministers über die militärische Lage einen Nachtragkredit von 15 Millionen Pfund zum Budget des Kriegsministeriums genehmigt.

Nordamerika.

Der Aufruhr auf Kuba.
Santiago de Cuba, 9. März. (Mentermeldung.) 400 amerikanische Marinesoldaten wurden hier ausgeschifft.
Bern, 9. März. (W. T. A.) Nach einer Madrider Meldung der Euzener Blätter soll auf Kuba ein Komplott gegen das Leben des Präsidenten Menocal aufgedeckt worden sein, der auf dem Wege von Havanna nach El Chico überfallen werden sollte. Die revolutionären Blätter Herald, Nacion und Trionfo wurden unterdrückt und mehrere Redakteure verhaftet.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 12. März. Amtlich. (W. T. A.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Sehr klare Sicht hatte an vielen Stellen der Front gesteigerte Tätigkeit der Fernwaffen und Artillerie zur Folge. Besonders klar war das Feuer im Ancre-Gebiet, zwischen Buecy und Le Tranois, lebhaft in mehreren Abschnitten längs der Aisne und in der Champagne.
Südlich von Aisne griffen die Franzosen heute morgen Teile unserer Stellungen an; sie wurden abgewiesen.
Durch Luftangriffe unserer Artillerie verloren die Gegner 16 Flugzeuge und 2 Beobachtungsballons, durch Abwehrfeuer 1 Flugzeug.

Oesterlicher Kriegsschauplatz.

Bei vielfacher reger Artillerie- und Vorkämpfbarkeit noch keine größeren Kampfhandlungen.
Mazedonische Front.
Zwischen Ochrida- und Prespa-See haben sich keine Gefechte vor unsern Linien abgespielt.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Berlin, 12. März, abends. Amtlich.
Im Sommer-Gebiet, zwischen More und Eise sowie in der Champagne lebhafteste Gefechtsaktivität.
Auch im Osten war bei klarer Sicht die Artillerie in mehreren Abschnitten reger als in den Vortagen.
Beiderseits des Prejpa-Sees und im Cerna-Bogen nahm gleichfalls das Feuer zu.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 12. März. Amtlich wird verkündet:
Oesterlicher Kriegsschauplatz.
Keine besonderen Ereignisse.
Italienischer Kriegsschauplatz.
Gegen die Karst-Hochfläche unterhalten die Italiener zeitweise ein stärkeres Geschütz- und Minenfeuer. Heute früh wurde ein feindlicher Angriff vor Kostanjewitz abgewiesen.
Unsere Artillerie bewarfen Lagers bei Vedna mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Bei Buzi, 25 Kilometer südlich von Berat, zerstörten unsere Patrouillen eine feindliche Abteilung.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Goeler, Feldmarschalleutnant.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.
Die verlassene Mutter. Wegen Tötung ihres neugeborenen Kindes war die aus Ruffsch-Polen stammende 23jährige landwirtschaftliche Arbeiterin Josepha Kowalewytz angeklagt. Sie hatte das Kind am 7. Dezember 1914 gleich nach der Geburt erstickt. Die Angeklagte war von ihrem Geliebten verlassen worden und sie beschwerte daher die Sorgen wegen des Unterhaltes des Kindes. Die Geschworene erbilligte ihr mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis.

Landgericht.
Der Brillantschmuck im Freudenhause. Die Inhaberin eines Freudenhauses in der Friedenstrasse besaß ein Paar Brillantohrringe im Werte von 1800 Mark. Diesen Schmuck hat sich die Prostituierte Frieda Hofmann zueignet und ihn in der Wohnung einer Frau am Rastbäder Steinweg in der Matrage versteckt. Als die Diebin in Untersuchungshaft sah, empfing sie den Besuch ihrer Mutter. Bei dieser Gelegenheit bemerkte man, daß das Mädchen ihrer Mutter einen Zettel aufsteckte. Auf diesem Zettel war aber der Verwahrungsort der gestohlenen Brillanten angegeben. Die schon öfters bestrafte Diebin wurde zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Gewerkschaftsbewegung.

Zwecks Einführung des Siebenuhr-Ladenschlusses für die Zeit nach dem Kriege, hat der Zentralverband der Handlungsgesellen bei seinen Berufsangehörigen eine 11 teilschriftensammlung veranstaltet. Ueber 100 000 Unterschriften sind dem Reichstage bereits übermittelt worden. Der genannte Verband hat auch Zustimmungserklärungen von Geschäftsinhabern eingeholt. Einige Tausend solcher Zustimmungen von Inhabern roher und feiner Geschäfte liegen vor. Die Sammlungen werden fortgesetzt.

Von Nah und Fern.

Schweres Brandunglück.
Löwenberg (Schles.), 11. März. In der vergangenen Nacht ist die am Böber in der Nähe des Bahnhofes gelegene Pittigische Holzschleife niedergebrannt. Das Sägewerk und die anstößenden Schuppen sind erhalten geblieben. Die Entstehungsurache ist unbekannt. Von den dort einquartierten Soldaten werden drei vermisst, die wahrscheinlich in den Flammen umgekommen sind. Ueberreste verkohlter Leichen sind bereits gefunden.

Ankunft in Realsrang.

E. S. P. Sie können handschriftliche Quittung verlangen.
E. S. Leipzig-Anger. Den Namen ihres ersten Mannes dürfen Sie nur mit ministerieller Genehmigung führen. Wegen der Reue wollen Sie sich an die Reichshauptmannschaft, Neuplatz 11, wenden.

Briefkasten der Redaktion.

Peter H., Kreuznach. Sie bekommen die Adresse von Berlin zugesandt.
F. B. 1. U 20: Chronische Krankheiten der tieferen Gebilde eines Auges.
F. S. 33. U 3: Chronische eitererregende und ansteckende Hauterkrankungen.
W. M. S. Sie müssen mit zur Nachmusterung. A 7: durch ihren Sitz nicht hinderliche Norden von Verriegelungen und Operationen; B 70: Krümmung oder Steifigkeit von Fingern, wenn dadurch der Gebrauch der Hand nicht wesentlich behindert wird. Dauernd, arbeitsverwendungsfähig.
W. S. 11. 26 und 27: Augenkrankheit; Z 49: heilbare oder besserungsfähige Herzkrankheit.
S. B. U 7: sehr umfangreiche oder mit Knochen verwachsene Narben, die die Gebrauchsfähigkeit des betr. Körperteils verhindern oder das Tragen der militärischen Dienstbekleidung und Ausübung unmaßhalt machen oder stark erschwerend wirken. Die Verwendung als Arbeitskraft ist dabei nicht ausgeschlossen.

Inserate, Abonnementbestellungen sowie alle andern geschäftlichen Angelegenheiten sind nicht an die Redaktion, sondern nur an die Expedition der Leipziger Volkszeitung zu richten!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Gerke Leipzig
Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Aug. Lehmann Leipzig
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft
Diese Nummer umfasst 10 Seiten.

Sechste Kriegsanleihe.

5% Deutsche Reichsanleihe.

4 1/2% Deutsche Reichsschatanweisungen, auslosbar mit 110% bis 120%

Zur Bestreifung der durch den Krieg erwachsenen Ausgaben werden weitere 5% Schuldverschreibungen des Reichs und 4 1/2% Reichsschatanweisungen hiermit zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Das Reich darf die Schuldverschreibungen frühestens zum 1. Oktober 1924 kündigen und kann daher auch ihren Zinsfuß vorher nicht herabsetzen. Sollte das Reich nach diesem Zeitpunkt eine Ermäßigung des Zinsfußes beabsichtigen, so muß es die Schuldverschreibungen kündigen und den Inhabern die Rückzahlung zum vollen Nennwert anbieten. Das gleiche gilt auch hinsichtlich der früheren Anleihen. Die Inhaber können über die Schuldverschreibungen und Schatanweisungen wie über jedes andere Wertpapier jederzeit (durch Verkauf, Verpfändung usw.) verfügen.

Die Bestimmungen über die Schuldverschreibungen finden auf die Schuldbuchforderungen entsprechende Anwendung.

Bedingungen:

1. Annahmestellen.

Zeichnungsstelle ist die Reichsbank. Zeichnungen werden

von **Donnerstag, den 15. März, bis Montag, den 16. April 1917**
mittags 1 Uhr

bei dem Kontor der Reichsbank für Wertpapiere in Berlin (Postfachkonto Berlin Nr. 99) und bei allen Zweiganstalten der Reichsbank mit Kasseneinrichtung entgegen genommen. Die Zeichnungen können auch durch Vermittlung der Königlich Preussischen Staatsbank (Präsidenten-Straße 10), der Preussischen Zentral-Gewerkschaftskasse in Berlin, der Königlich Preussischen Hauptbank in Nürnberg und ihrer Zweiganstalten, sowie sämtlicher Banken, Bankiers und ihrer Filialen, sämtlicher öffentlichen Sparkassen und ihrer Verbände, jeder Lebensversicherungsgesellschaft, jeder Kreditgenossenschaft und jeder Postanstalt erfolgen. Wegen der Postzeichnungen siehe Ziffer 7. Zeichnungsscheine sind bei allen vorgenannten Stellen zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen brieflich erfolgen.

2. Einteilung. Zinslauf.

Die Schuldverschreibungen sind in Stücken zu 20000, 10000, 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Mark mit Zins-scheinen, zahlbar am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres ausgefertigt. Der Zinslauf beginnt am 1. Juli 1917, der erste Zinsschein ist am 2. Januar 1918 fällig.

Die Schatanweisungen sind in Gruppen eingeteilt und in Stücken zu 20000, 10000, 5000, 2000 und 1000 Mark mit dem gleichen Zinslauf und den gleichen Zinstermi-nen wie die Schuldverschreibungen ausgefertigt. Welcher Gruppe die einzelne Schatanweisung angehört, ist aus ihrem Text ersichtlich.

3. Einlösung der Schatanweisungen.

Die Schatanweisungen werden zur Einlösung in Gruppen im Januar und Juli jedes Jahres, erstmals im Januar 1918, ausgelost und an dem auf die Auslosung folgenden 1. Juli oder 2. Januar mit 110 Mark für je 100 Mark Nennwert zurückgezahlt. Es werden jeweils so viele Gruppen ausgelost, als dies dem planmäßig zu tilgenden Beträge von Schatanweisungen entspricht.

Die nicht ausgelosten Schatanweisungen sind seitens des Reichs bis zum 1. Juli 1927 unkündbar. Frühestens auf diesen Zeitpunkt ist das Reich berechtigt, sie zur Rückzahlung zum Nennwert zu kündigen, jedoch dürfen die Inhaber alsdann statt der Barzahlung 4%ige, bei der ferneren Auslosung mit 115 Mark für je 100 Mark Nennwert rückzahlbare, im übrigen den gleichen Tilgungsbedingungen unterliegende Schatanweisungen fordern. Frühestens 10 Jahre nach der ersten Kündigung ist das Reich wieder berechtigt, die dann noch unverlosten Schatanweisungen zur Rückzahlung zum Nennwert zu kündigen, jedoch dürfen alsdann die Inhaber statt der Barzahlung 3 1/2%ige mit 120 Mark für je 100 Mark Nennwert rückzahlbare, im übrigen den gleichen Tilgungsbedingungen unterliegende Schatanweisungen fordern. Eine weitere Kündigung ist nicht zulässig.

* Die zugewiesenen Stücke sämtlicher Kriegsanleihen werden auf Antrag der Zeichner von dem Kontor der Reichsbankdirektion für Wertpapiere in Berlin nach Maßgabe seiner für die Niederlegung geltenden Bedingungen bis zum 1. Oktober 1919 vollständig kostenfrei aufbewahrt und verwahrt. Eine Sperrung wird durch diese Niederlegung nicht bedingt; der Zeichner kann sein Depot jederzeit — auch vor Ablauf dieser Frist — zurücknehmen. Die von dem Kontor für Wertpapiere angefertigten Depositscheine werden von den Darlehnskassen wie die Wertpapiere selbst gehalten.

Die Kündigungen müssen spätestens sechs Monate vor der Rückzahlung und dürfen nur auf einen Zinstermi-nen erfolgen.

Für die Verzinsung der Schatanweisungen und ihre Tilgung durch Auslosung werden jährlich 5% vom Nennwert ihres ursprünglichen Betrages aufgewendet. Die ersparten Zinsen von den ausgelosten Schatanweisungen werden zur Einlösung mitverwendet. Die auf Grund der Kündigungen vom Reich zum Nennwert zurückgezahlten Schatanweisungen nehmen für Rechnung des Reichs weiterhin an der Verzinsung und Auslosung teil.

Am 1. Juli 1907 werden die bis dahin etwa nicht ausgelosten Schatanweisungen mit dem alsdann für die Rückzahlung der ausgelosten Schatanweisungen maßgebenden Beträge (110%, 115% oder 120%) zurückgezahlt.

4. Zeichnungspreis.

Der Zeichnungspreis beträgt:
für die 5% Reichsanleihe, wenn Stücke verlangt werden 98.— Mark,
für die 5% Reichsanleihe, wenn Eintragung in das Reichsschuldbuch mit Sperrung bis zum 15. April 1918 beantragt wird 97.80 Mark,
für die 4 1/2% Reichsschatanweisungen 98.— Mark,
für je 100 Mark Nennwert unter Verrechnung der üblichen Stückzinsen.

5. Zuteilung. Stückelung.

Die Zuteilung findet tunlichst bald nach dem Zeichnungsschluss statt. Die bis zur Zuteilung schon bezahlten Beträge gelten als voll zuteilt. Im übrigen entscheidet die Zeichnungsstelle über die Höhe der Zuteilung. Besondere Wünsche wegen der Stückelung sind in dem dafür vorgesehenen Raum auf der Vorderseite des Zeichnungsscheines anzugeben. Werden derartige Wünsche nicht zum Ausdruck gebracht, so wird die Stückelung von den Vermittlungsstellen nach ihrem Ermessen vorgenommen. Späteren Anträgen auf Abänderung der Stückelung kann nicht stattgegeben werden.

Zu allen Schatanweisungen sowohl wie zu den Stücken der Reichsanleihe von 100 Mark und mehr werden auf Antrag vom Reichsbank-Direktorium ausgeteilte Zinsscheine ausgegeben, über deren Umtausch in endgültige Stücke des Erforderlichen später öffentlich bekanntgemacht wird. Die Stücke unter 1000 Mark, zu denen Zinsscheine nicht vorgegeben sind, werden mit möglicher Vereinfachung fertiggestellt und voraussichtlich im September d. B. ausgegeben werden.

6. Einzahlungen.

Die Zeichner können die gezeichneten Beträge vom 31. März d. J. an voll bezahlen. Die Verzinsung etwa schon vor diesem Tage bezahlter Beträge erfolgt gleichfalls erst vom 31. März ab.

Die Zeichner sind verpflichtet:
30% des zugewiesenen Betrages (spätestens am 27. April d. J.)
20% " " " " " " " " 24. Mai " "
25% " " " " " " " " 21. Juni " "
25% " " " " " " " " 18. Juli " "
zu bezahlen. Frühere Teilzahlungen sind zulässig, jedoch nur in runden durch 100 teilbaren Beträgen des Nennwertes. Auch auf die kleinen Zeichnungen sind Teilzahlungen jederzeit, indes nur in runden durch 100 teilbaren Beträgen des Nennwertes gestattet; doch braucht die Zahlung erst geleistet zu werden, wenn die Summe der fällig gewordenen Teilbeträge wenigstens 100 Mark ergibt.

Die Zahlung hat bei derselben Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Die im Laufe befindlichen unverzinslichen Schatzscheine des Reichs werden — unter Abzug von 5% Diskont vom Zahlungstage, frühestens aber vom 31. März ab, bis zum Tage ihrer Fälligkeit — in Zahlung genommen.

7. Postzeichnungen.

Die Postanstalten nehmen nur Zeichnungen auf die 5% Reichsanleihe entgegen. Auf diese Zeichnungen kann die Vollzahlung am 31. März, sie muß aber spätestens am 27. April geleistet werden. Auf bis zum 31. März geleistete Vollzahlungen werden Zinsen für 90 Tage, auf alle anderen Vollzahlungen bis zum 27. April, auch wenn sie vor diesem Tage geleistet werden, Zinsen für 60 Tage vergütet.

8. Umtausch.

Den Zeichnern neuer 4 1/2% Schatanweisungen ist es gestattet, daneben Schuldverschreibungen und Schatanweisungen der früheren Kriegsanleihen in neue 4 1/2% Schatanweisungen umzutauschen, jedoch kann jeder Zeichner höchstens doppelt so viel alte Anleihen (nach dem Nennwert) zum Umtausch anmelden, wie er neue Schatanweisungen gezeichnet hat. Die Umtauschanträge sind innerhalb der Zeichnungsfrist bei derjenigen Zeichnungs- oder Vermittlungsstelle, bei der die Schatanweisungen gezeichnet worden sind, zu stellen. Die alten Stücke sind bis zum 24. Mai 1917 bei der genannten Stelle einzureichen. Die Einreicher der Umtauschstücke erhalten zunächst Zwischenscheine zu den neuen Schatanweisungen.

Die 5% Schuldverschreibungen aller vorangegangenen Kriegsanleihen werden ohne Aufgeld gegen die neuen Schatanweisungen umgetauscht. Die Einlieferer von 5% Schatanweisungen der ersten Kriegsanleihe erhalten eine Vergütung von Mark 1.50, die Einlieferer von 5% Schatanweisungen der zweiten Kriegsanleihe eine Vergütung von Mark 0.50 für je 100 Mark Nennwert. Die Einlieferer von 4 1/2% Schatanweisungen der vierten und fünften Kriegsanleihe haben Mark 3.— für je 100 Mark Nennwert zuzüglich.

Die mit Januar/Juli-Zinsen ausgestatteten Stücke sind mit Zinsscheinen, die am 2. Januar 1918 fällig sind, die mit April/Oktobers-Zinsen ausgestatteten Stücke mit Zinsscheinen, die am 1. Oktober 1917 fällig sind, einzureichen. Der Umtausch erfolgt mit Wirkung vom 1. Juli 1917, so daß die Einlieferer von April/Oktobers-Stücken auf ihre alten Anleihen Stückzinsen für 1/4 Jahr erhalten.

Sollen Schuldbuchforderungen zum Umtausch verwendet werden, so ist zuvor ein Antrag auf Ausreichung von Schuldverschreibungen an die Reichsschuldenverwaltung (Berlin SW 68, Dronienstraße 92/94) zu richten. Der Antrag muß einen auf den Umtausch hinweisenden Vermerk enthalten und spätestens bis zum 20. April d. J. bei der Reichsschuldenverwaltung eingehen. Daraufhin werden Schuldverschreibungen, die nur für den Umtausch in Reichsschatanweisungen geeignet sind, ohne Zinsscheinebogen ausgereicht. Für die Ausreichung werden Gebühren nicht erhoben. Eine Zeichnungssperre steht dem Umtausch nicht entgegen. Die Schuldverschreibungen sind bis zum 24. Mai 1917 bei den in Absatz 1 genannten Zeichnungs- oder Vermittlungsstellen einzureichen.

Reichsbank-Direktorium.
Savenstein. v. Grimm.

Berlin, im März 1917.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. März.

Geschichtskalender. 13. März 1710: Johann Friedr. Wötger, Erfinder des Porzellans, in Dresden gestorben (* 1682). 1781: Der Architekt Karl Friedrich Schinkel in Neuruppin geb. († 1841). 1824: Der Germanist Rudolf Hilbrand in Leipzig geb. († 1904). 1848: Ausbruch der Revolution in Wien. 1851: Der Philolog Karl Lachmann in Berlin gestorben (* 1793). 1852: Der Luftspiel-Entwickler Oskar Blumenthal in Berlin geboren. 1881: Bombenattentat auf Zar Alexander II. 1904: Gericco-Austausch: Ueberfall von Dowlitorero.

Sonnenaufgang: 6,23, Sonnenuntergang: 5,58. Monduntergang: 7,10 vorm., Mondaufgang: 11,50 nachm.

Ernährungsfragen.

Ein Pfund Kartoffeln in der Woche. In der Zeit der Kartoffelernte wurde hoch und fleißig versprochen, jeder Verbraucher könne bis zur neuen Ernte anderthalb Pfund Kartoffeln täglich verzehren. Sie hatten es genau ausgerechnet, die Gelehrten, und die Behörden gaben die Erlaubnis und regten an, die Bevölkerung solle sich mit Kartoffeln eindecken: anderthalb Pfund für den Tag. Wer Geld und glückliche Gelegenheit hatte, konnte sich mit anderthalb Pfund täglich eindecken. Aus dem Verbrauchsfuß von anderthalb Pfund täglich wurden bald sieben Pfund in der Woche, dann fünf, dann drei und jetzt sind wir glücklich auf einem ganzen Pfund angekommen. Doch in Wirklichkeit gibt es nicht einmal dies eine Pfund, denn Dreck und Stroh bekommt der Käufer mit zugewogen und auf den Preis angerechnet. Als Ersatz für die ausfallenden, sagen wir sechs Pfund, Kartoffeln gab es Kartoffelflocken, ein halbes Pfund auf einmal und 100 Gramm Mehl. Das war Anfang Februar. Mitte Februar wurde der Kartoffelpreis auf 6 1/2 Pfg. für ein Pfund erhöht. Für die Woche vom 6. bis 12. März fielen die Kartoffellocken weg, es gab nur noch ein Pfund Kartoffeln und 100 Gramm Mehl für sieben Tage. In der Woche vom 13. bis 19. März gibt es ein Pfund Kartoffeln und 200 Gramm Mehl und in der Woche vom 20. bis 26. März fällt das Mehl ganz weg, dafür gibt es Kartoffelwalmehl. Daneben gab es in diesen Wochen je fünf Pfund Kohlrüben. Das Kartoffelwalmehl ist selbstverständlich kein vollwertiger Ersatz für das Getreidemehl. Kartoffelwalmehl besteht aus gemahlenen Kartoffelflocken, es wird von den Hausfrauen noch weniger gern verwendet als Kartoffelflocken, denn diese konnten durch entsprechende Behandlung wenigstens von dem größten Zellinhalt befreit werden, obwohl der Sand beim besten Willen nicht reißlos zu entfernen war. Wertvoll ist, daß es in der Amtshauptmannschaft Leipzig noch immer drei Pfund Kartoffeln gab und noch heute gibt, während sich die Bewohner von Leipzig-Stadt mit einem Pfund begnügen müssen. Auch sonst werden die Bewohner der Amtshauptmannschaft reichlicher mit Nahrungsmitteln versorgt. Gegenüber dem Anfall von Kartoffeln und Mehl ist es nur ein magerer Trost, daß unter städtischer Aufsicht in 14 Tagen zwei Suppenwürfel zum Preise von 10 oder 15 Pfg. verkauft werden. Zeit wird von diesen zwei Tassen Erbsensuppe niemand.

Wie es mit der Kartoffelversorgung steht, so auch mit der Fleischversorgung. Die Landesstelle behauptet zwar in einer Zuschrift an die Presse, in Sachsen sei die Wochenportion von 250 Gramm Fleisch seit Oktober 1916 gewährt worden. Das ist aber nicht richtig und man muß sich nur wundern, wie eine amtliche Stelle zu einer solchen Behauptung kommen kann, wo doch z. B. in Leipzig durchschnittlich nicht 250 Gramm, sondern nicht mehr als 150 Gramm Fleisch gewährt worden sind. Als besonderer Trost für den Anfall von Kartoffeln waren Frischfleischlagen angeordnet, die zwei Wochen in Leipzig geliefert wurden. Aber selbst mit diesen Sonderzulagen wurden nicht 250 Gramm, sondern nur 225 Gramm Frischfleisch gewährt.

Ein besonderes Kapitel bildet die Versorgung der Bevölkerung mit Knochen- und Kleinfleisch, das für die ärmere Bevölkerung eine wichtige Hilfe in der Ernährung spielte. Viele arme Leute, die das teure Fleisch nicht kaufen konnten, waren froh, einmal ein Pfund Knochen oder Kleinfleisch zu bekommen. Jetzt ist der Verkauf dieses Fleisches ganz auffallend geringer geworden. Vom 28. Oktober 1916 bis 29. November wurden auf dem Schlachthof Knochen (je ein Pfund) rund an 71 000 Nummernorten verkauft; vom 29. November bis 27. Dezember wurden rund an 80 000 Nummernorten Knochen verkauft. Das waren also in zwei Monaten rund 150 000 Portionen. In den nächsten zwei Monaten, vom 28. Dezember bis 1. März, wurden nur 100 000 Portionen abgegeben und dann bis Mitte März gar nur 20 000. Es wird also jetzt auf dem Schlachthof nur noch etwa über die Hälfte der Menge von Knochen und Kleinfleisch verkauft wie in den Monaten Oktober und November vorigen Jahres.

Der Knochenverkauf bei der Firma Augustin ist ähnlich eingeschränkt worden. Bis Anfang Februar wurden im Monat durchschnittlich an über 20 000 Nummernorten Rindsknochen abgegeben, außerdem auch noch oft Schweinefleisch. Dagegen erhielten in der Zeit vom 2. Februar bis 12. März insgesamt nur 4500 Karteninhaber Knochen, das ist kaum noch der vierte Teil gegen früher. Wo kommen die Knochen hin? Warum werden sie den Ärmsten, die sie doch so bitter notwendig brauchen, vorenthalten? Wenn es sich auch nur um Knochen und Kleinfleisch handelt, so bedeutet die Verminderung des Verkaufs doch eine wesentliche Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse für die arme Bevölkerung. Daß das Kleinfleisch auf dem Schlachthof im Preise von 50 Pfg. auf 80 Pfg. für das Pfund gesteigert wurde, wirkte in der gleichen Richtung. Mit der Butterversorgung ist es wie beim Fleisch, die Landesleitkarte lautet auf 82 1/2 Gramm Butter für die Woche, in Leipzig bekommt die Bevölkerung nicht mehr als 50 Gramm.

Mit viel Lärm wurde in der Presse der Verkauf von Gemüsekonserven angekündigt. Dann blieb es, erst Mitte März sollte der Verkauf beginnen, aber bis heute hört man nichts davon. Schlimm war es mit dem angekündigten Verkauf von Fischen. Es soll wieder Feringe geben, das Pfund für 90 Pfg. bis 1,20 M., so wurde Anfang März verkündet. Bis heute sind die Feringe ausgeblieben. Daß Sauerkraut wieder teurer geworden ist und andre Lebensmittel ebenfalls fortgesetzt im Preise steigen, verschlechtert die Lebenshaltung des Volkes ununterbrochen. Freilich gibt es noch Lebensmittel, das lehrt ein Rundgang durch die Straßen der Stadt. In den Geschäften gibt es Rurst, das Pfund zu 8,50 M.; Schinken, schön fäsig, das Pfund für 11 M.; Speck, zum Ausbeizen, 11 M., das Pfund; alles Auslandsware. In wer 11 M. für ein Pfund Speck anwenden kann?

Bevölkerungspolitik und Frauenfrage.

Unter der Führung des Reichsverbandes für Frauenstimmrecht hatten eine Anzahl Vereine, die sich auf sozialem Gebiete betätigen, für Freitag eine Versammlung, die nach dem Auguste-Schmidt-Haus einberufen, in der Frau Marie Wegner aus Breslau über Bevölkerungspolitik und Frauenfrage sprach. Die Rednerin verlangte politische Rechte für die Frau, wobei sie zur Begründung dieser Forderung darauf hinwies, daß in allen den Staaten, wo den Frauen politische Rechte eingeräumt sind, die Säuglingssterblichkeit am niedrigsten ist. Das sei auch selbstverständlich, denn wenn die Frau Volksgärtin ist, entfalte sie ihre Tätigkeit naturgemäß auf dem Gebiete, das ihr besonders nahe liegt, das sei aber der Mutterberuf.

Die günstigste Wirkung der politischen Rechte der Frau zeige sich in Norwegen, wo die Säuglingssterblichkeit am erfolgreichsten bekämpft werde. Die Rednerin führt die günstige Entwicklung vorwiegend auf die Mitwirkung der Frauen zurück, die es erreicht habe, daß dort das uneheliche Kind dem ehelichen gleichgestellt sei, vor allem daß der uneheliche Vater genau so für sein Kind sorgen muß, wie für das eheliche. Die Forderung nach politischen Rechten für die Frau fand in der Diskussion eine interessante Illustration. Herr Marquardt, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete, nahm an der Versammlung teil, und an ihn wandten sich nun die Rednerinnen und die Diskussionsredner, er möchte die Forderungen der Frauen im Reichstage vertreten. Ueber die politischen Rechte sprach Herr Marquardt völlig aus, aber die Notwendigkeit, besser für den Nachwuchs zu sorgen, erkannte er an, „denn“, so sagte er, „Deutschland kann nie mehr daran denken, einen solchen Krieg zu führen, wenn wir nicht Vorkehrung für eine zahlreiche Vermehrung der Bevölkerung sorgen“. Für eine Bevölkerungspolitik dieser Art und für diese Zwecke hätten die Mütter, die dort sprachen, sich schonstens Gedanken müssen, statt dessen aber erntete Herr Marquardt den Dank der Referentinnen, womit die ganzen schönen Reden über Mutter- und Kindererziehung ins rechte Licht gerückt sind.

Die Kohlenversorgung.

Von amtlicher Seite wird uns geschrieben: Die Kohlenversorgung für Hausbrandzwecke steht noch immer auf erheblichen Schwierigkeiten, deren Beseitigung leider in nächster Zeit nicht zu erwarten ist. Die Verhältnisse werden sich erst mit dem Eintritt wärmerer Witterung bessern. Bis dahin muß immer wieder an die Verbraucher und Händler von Heizstoffen die Mahnung gerichtet werden, in gegenseitigem Einvernehmen alles zu tun, um die äußerste Not fernzuhalten. Die Behörden und die Kohlenhändler haben es an erkrankten Vermittlungen zur Besserung der Lage nicht fehlen lassen. Leider wird aber der jetzt eingetretene starke Schneefall wieder, wie bei der letzten Kälteperiode, erhebliche Betriebsstörungen auf den Straßen zur Folge haben, so daß eine einigermaßen gesicherte Zufuhr nicht gewährleistet werden kann, da alle wesentlichen Vorräte inzwischen verbraucht worden sind. Diese Unsicherheit in der Zufuhr verbietet auch die von vielen Seiten angeregte Einführung von Kohlenkarten und des Bestellsystems, wie es für gewisse Lebensmittel in Anwendung gebracht wird. Eingehende Besprechungen mit den hiesigen Stellen haben ergeben, daß solche Maßnahmen zur Zeit undurchführbar sind, zumal wenn sie auf die Stadt Leipzig allein erstreckt würden.

Inzwischen hat der Verband Leipziger Kohlenhändler an alle Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, in dem er sie dringend ermahnt, daß jedes sich nach Kräften am Kleinverkauf beteilige, ohne Unterschied an Kunden und Nichtkunden liefert, soweit Vorräte vorhanden sind, die Lieferung großer Fuhrten auch an bezugsberechtigte Empfänger vermeidet und bei ungenügender Zufuhr die eingehenden Heizstoffe in möglichst kleinen Mengen abgibt, um recht viele Käufer zu befriedigen. Ein großer Teil der Kohlenhändler gibt zur schnelleren Abfertigung den Käufern Ordnungsmarken aus, in dem Umfang, wie er Eingänge erwartet. Dabei sollen solche Verbraucher zuerst berücksichtigt werden, die längere Zeit keinen Brennstoff erhalten haben. Wer keine solche Marke erhalten hat, für den hat es keinen Zweck, sich mit anzustellen, da er doch nicht beliefert werden kann. Pflicht jedes Kohlenhändlers muß es sein, durch Anschlag die sich ansammelnden Käufer sofort zu verständigen, wenn für den betreffenden Tag auf einen Verkauf nicht gerechnet werden kann. Die Zeit jedes Einzelnen ist heute so kostbar, daß sie nicht vergeudet werden darf. Andererseits muß auch von den Käufern erwartet werden, daß sie unnötige Ansammlungen vermeiden, insbesondere nicht weiter warten, wenn mitgeteilt worden ist, daß ein Verkauf nicht in Frage kommen kann. Jedenfalls darf die Bevölkerung erwarten, daß von den zuständigen Stellen alles geschieht, um die Kohlenzufuhr zu heben und zu regeln.

„Geistig schlanker und beweglicher“.

Im Vorwärts ist zu lesen: „Eins steht heute schon fest: die Bierlosigkeit ist einer der Hauptgründe, warum wir schlanker geworden sind, und die Schlankheit steht uns nicht über. Die Herren Engländer haben uns alle schöner gemacht! Daran ist kein Zweifel. Wie, wenn die Abstinenten recht behielten, und wir durch die Bierlosigkeit auch geistig schlanker und beweglicher würden?“ Diese geistige Bierantiphat-Philister-Beweglichkeit braucht der neue Vorwärts auch sehr notwendig, wenn er seine Aufgaben erfüllen will. Und der Vorwärts kennt keine Aufgabe, das beweist er ja jeden Tag. Entsprechend diesen Aufgaben muß er für seine Leser auch den unangenehmsten Dingen eine angenehme Seite abzugewinnen versuchen. Das aber kann er nicht ohne die „geistige Beweglichkeit“, während ihm geistige Müdigkeit in der Erfüllung seiner hehren Aufgabe nur hinderlich wäre. Zu welchen Leistungen diese „geistige Beweglichkeit“ den Vorwärts befähigt, zeigt folgende Probe. In einem Artikel schreibt er am 8. März über die Entsetzung der Menschheit durch den Krieg:

Die Gewichtsverluste, die wir durch die Beschränkungen der Kriegskost erleiden, sind nicht so tragisch zu nehmen, wie sie die meisten Menschen auffassen. Bei geringen Gewichtseinbußen pflegen sonst einflußvolle Leute an zehrende Krankheiten und ähnliches zu denken. Das ist verfehlt. Muß die Nahrung eingeschränkt werden, so wird zunächst das aufgespeicherte Fett angegriffen, das bei vielen erhebliche Mengen ausmacht. Die Zelle selbst, der Baustein des Körpers, wird zu allererst in ihrem Bestand berührt, und gerade die edlen und lebenswichtigsten Organe, wie Herz und Gehirn, bleiben am längsten unversehrt, indem zu ihrer Erhaltung die anderen unwichtigeren Organe aus ihrem Bestand beisteuern.

Also tröste der Vorwärts seine Leser, der Gewichtsverlust durch die Kriegskost ist nicht so tragisch zu nehmen, denn gerade die edlen und lebenswichtigsten Organe, Herz und Gehirn, bleiben am längsten unversehrt. In dieser „geistigen Beweglichkeit“ übertrifft der Vorwärts sogar die Leipziger neuesten Nachrichten, die kürzlich schrieben:

Die sehr die Arbeitsfähigkeit des Herzens von der Nahrungsaufnahme abhängig, lehrt schon die Tatsache, daß unser Herz im Hungerzustand, also bei nüchternem Magen, schwächer schlägt, und daß bei schweren lebensgefährlichen Erkrankungen das Zerschmelzen des Herzens, also der Tod, meistens in den frühen Morgenstunden, also im leeren Zustande des Magens, erfolgt.

Der Vorwärts kennt seine Aufgaben, er weiß, wie er zu schreiben hat. Nur die Behauptung, daß auch das Gehirn am längsten unversehrt bleibt, hätte er sich scheuen können, denn der neue Vorwärts ist ein deutlicher Gegenbeweis dieses Satzes.

Der Mauthörder des L.-Lindenauer Mauthaus verhaftet.

Am Montagmorgen ist der Soldat, der vorgestern die Zigarrenhändlerin in L.-Lindenau, Markt 4, überfallen und verhaftet hat, auf dem Marktsteiner Steinweg von einem Schutzmann des Straßendienstes festgenommen und zur Post gebracht worden. Er ist der Tat geständig. Der Täter heißt W i l h e l m M e h n e r t und ist am 21. Dezember 1892 in Eintriedel bei Chemnitz geboren. Er steht als Soldat im Felde und hat sich ohne Urlaub hierher begeben. Nach bezagener Tat hat er sich von dem geraubten Gelde einen Zivilanzug gekauft, ist nach Berlin und von da wieder hierher gefahren und wurde in diesem Anzug festgenommen. Mehnert hat schwere Vorstrafen. Die Angabe, daß der Täter früher in der Gegend des L.-Lindenauer Marktes mit Grünwägen gehandelt haben soll, hat sich als richtig erwiesen. Mehnert wurde der Mauthörerei überantwortet.

Ueber die Verhaftung des Mauthörers wird noch gemeldet: In der Gastwirtschaft zur Warburg am Nikolaiplatz erschien am Montagvormittag ein Mann, der ein Paar Schuhe zum Verkauf anbot, angeblich weil sie ihn drückten. Dem Vohrer War Sohr, dem der Mann die Schuhe angeboten hatte, fiel das irrtümliche Wesen des Mannes auf. Da auf den Mann auch die Bekleidung des Täters in Lindenau paßte, ging der Zeitungsträger War Trübisch, mit dem sich Sohr verständigt hatte, nach einem Schutzmännchen. Als Mehnert das merkte, entfernte er sich aus der Gastwirtschaft, wovon ihm Sohr folgte. Die Verfolgung ging durch die Sternwarten- und Turnerstraße nach der Kurprinzstraße, wo Mehnert auf einen Wagen der Linie 2 von der roten Straßenbahn sprang. Sohr folgte Mehnert bis Neu-Moskau, wo Mehnert hinter der Wollkammer abfiel. Darauf fuhr Mehnert, der sich verfolgt sah, nach der Stadt zurück, immer gefolgt von Sohr. Am Marktsteiner Steinweg machte Sohr einen Schutzmännchen auf Mehnert aufmerksam. Mehnert versuchte nun über den Fleischereiplatz zu entkommen. Da der Schutzmännchen aber die Straßenbahn benutzte, gelang es ihm, dem Verfolger an der Promenadenstraße den Weg abzuschneiden. Mehnert ließ sich ohne Widerstand festnehmen. Er gestand die Tat sofort ein, bestritt aber, ein Wordingstrument gebraucht zu haben. Er habe die Absicht gehabt, die Kasse der Frau Kramer zu stehlen; das habe Frau Kramer gemerkt, und um sie am Schreien zu verhindern, habe er ihr den Mund zugehalten. Beim Ringen seien beide zu Boden gefallen. Darauf habe Mehnert die Frau mehrmals mit dem Kopfe auf den Fußboden geschlagen.

Stadtverordnetenversammlung. In der morgen abend stattfindenden Sitzung wird als Hauptverhandlungsgegenstand die Vorlage über die Kriegszulage für die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter zu betrachten sein. Dann wird über das Gehalt des neuen Theaterintendanten Beschluß gefaßt. Eine Eingabe verlangt von der Stadt, sie solle 5- und 10-Pfennig-Papiere herausgeben. Den Drohkübelbesitzern soll die Erhöhung des Fahrpreises um 50 Prozent zugestanden werden. Eine Eingabe der Handlungsgehilfenverbände fordert die gesetzliche Festlegung des Siebenuhrabend schlusses. Außer diesen Beratungsgegenständen stehen noch einige weniger wichtige auf der Tagesordnung. Die Sitzung beginnt um 6 Uhr.

Postverkehr nach Warschau. Vom 10. März an werden im Postverkehr zwischen dem Generalgouvernement Warschau und Deutschland Nachrichten auf eingeschriebenen Briefsendungen zugelassen. Hierfür werden erhoben die Gebühr für eine eingeschriebene Briefsendung ohne Nachnahme sowie eine Vorgegebühr von 10 Pfg. Die Vorgegebühr wird zugleich mit der erwähnten Gebühr erhoben und ist auch dann zu entrichten, wenn die Sendung nicht eingelöst wird; sie wird nur im Falle des Verlustes der Sendung erstattet. Der vom Empfänger eingezogene Betrag wird nach Abzug der gewöhnlichen Postanweisungsgebühr dem Absender durch Postanweisung überandt.

Bei den Nachforschungen nach vermischten Militärpersonen sind die Postüberwachungsstellen aus militärischen Gründen angewiesen worden, alle von Einzelpersonen an irgendwelche Stellen des neutralen oder feindlichen Auslandes gerichteten Anfragen wegen vermischter Heeresangehöriger anzuhalten und den Absendern zurückzuschicken. Außer den Nachweiskontrollen der Kriegsministerien Berlin, München, Dresden und Stuttgart sollen zu solchen Nachforschungen nur die amtlich zugelassenen Stellen des deutschen Roten Kreuzes benutzt werden, die ihrerseits das Recht zum Verkehr mit dem Ausland haben. Die Angehörigen vermischter Soldaten wollen dies berücksichtigen und Vorbrücke, in denen Anfragen an das französische Nachweiskontrollbureau oder andre ausländische Stellen empfohlen werden, nicht mehr benutzen.

Die Preise für Gemüsekonserven. Von der Reichsstelle für Gemüße und Obst sind, wie das Berliner Tageblatt meldet, für die Gemüsekonserven (1/2 Dose), die demnächst zur Verteilung kommen sollen, folgende Kleinhandelspreise festgesetzt worden: Karotten, extra kleine 1,25 M., kleine 1 M., junge 88 Pfg., geschnittene 82 Pfg., Weißkohl 78 Pfg., Rotkohl und Wirtzkohl 85 Pfg., Braunkohl 80 Pfg., Rosenkohl 1,55 M., Blumentohl 1,65 M., Kohlrabi 90 Pfg., Kohlrabi, ganze Köpfe, 1,13 M., Sellerie 1,20 M., Spinat 85 Pfg., Steinpilze 1,05 M., Stedrüben 80 Pfg., Pfefferlinge 1,45 M. Die Preise der größeren und kleineren Packungen werden noch bekanntgegeben.

Freiwillige gesucht. Zur Förderung der Seefahrt werden alle männlichen Deutschen zwischen dem 17. und 60. Lebensjahre, soweit sie nicht Kriegsverwendungsfähig oder garnison- oder arbeitsverwendungsfähig sind und die in irgendeiner Eigenschaft zur See gefahren haben, aufgefordert, ihre Dienste zur Verfügung zu stellen. Meldungen sind schriftlich unter Angabe von Namen, Wohnort und Wohnung zu richten an die Zentralstelle für Schiffsmannschaften, Hamburg, Wandsb. 14, I. Die sich Meldenden erhalten von dort aus einen Fragebogen zugestandt, nach dessen Ausfüllung und Zurücksendung sie die weiteren Mitteilungen der Zentralstelle ruhig abzuwarten haben.

Die Zeitkarten für Wädereien und Konditoreien werden vom 14. bis 16. März in der Kartenausgabestelle des Statistischen Amtes, Markgrafenstraße 8, Zwischengesch. ausgegeben.

Schutzmaßnahmen gegen den Kartoffelfäuleerregner, fordert der Rat in einer Bekanntmachung von den Besitzern und Pächtern von Kartoffelfeldern.

Die langjährig bewährte Friedensdividende von 23 Proz. In der Sitzung des Aufsichtsrates der Firma Frig Schulz jun., A.-G. in Leipzig, wurde beschlossen, in der Generalversammlung, die auf den 4. April 1917, nachmittags 4 Uhr, in der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt in Leipzig anberaumt ist, die Verteilung einer Dividende von 23 Proz. aus dem sich nach Vornahme reichlicher Abschreibungen ergebenden Reingewinn vorgeschlagen. Damit hat das Unternehmen wieder die langjährig bewährte Friedensdividende von 23 Proz. erreicht.

Leipziger Bevölkerung im Monat Februar. Nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig sind in den Wochen vom 28. Januar bis 24. Februar 1917 in Leipzig 1013 Personen gestorben und 540 Personen geboren. Von den Verstorbenen waren 541 männliche und 482 weibliche Personen. Lebend geboren wurden 268 Knaben und 281 Mädchen. Im Januar starben 832 Personen, geboren wurden 133.

Knochen- und Kleinfleischverkauf auf dem Schlachthof. Mittwoch, den 14. März, früh: von 8-10 Uhr Nr. 20001 bis 21000; von 10-12 Uhr nur für Urlauber; von 1-3 Uhr Nr. 21001 bis 21500; von 2-3 Uhr Nr. 21501 bis 22000; von 3-4 Uhr Nr. 22001 bis 22500. Passendes Kleingeld und vier Fleischmarken sind mitzubringen.

Die Firma Augustin verkauft heute Rindsknochen an die Nummern von 45001 bis 46000. Freibank I, Mittwoch, den 14. März, Nr. 5040 bis 6800; Freibank II Nr. 1531 bis 2000.

Ein Merkblatt über den Postverkehr mit einliegendem Formular zum Antrag auf Eröffnung eines Postkontos wird in nächster Zeit durch die Briefträger verteilt werden.

Zwei Biere aus den letzten Blättern.

Mehlenplag Paris. Eine Dame betrat einen Laden, der sich als Weibchen für Heizmaterial ankündigte...

Polizeinachtichten.

1040 Mk. verloren! Am 10. März ist in der Mittagstunde von der Hauptmannstraße, durch die Plagwitzer und Weststraße...

Verhafteter Dieb. Ein jahrelanger Dieb wurde in der Person eines 18jährigen Lohndienstmägdchens aus L.-Gohlis festgenommen.

Allelei Diebstähle. Aus einer Fleischerei in L.-Planitz wurden vom 7. bis 10. März etwa 40 Pfund Schweinefleisch...

Eigentümer gesucht! Von einem Unbekannten ist am 5. März eine silberne Herrenremonteruhr...

Auch ein Glück Neuorientierung?

Aus der Nähe parlamentarischer Beerdigungen, die sich gegenwärtig wieder über den Zeitungsleser erstrecken...

Die Vergleiche davon neu veröffentlicht, was Sie haben Ihnen die Zustimmung des Ministers gebracht...

Die Vergleiche davon neu veröffentlicht, was Sie haben Ihnen die Zustimmung des Ministers gebracht...

Table with 4 columns: 1. Quart., 2. Quart., 3. Quart., 1916. Rows list various items like Oberfahrlöhne, Niederfahrlöhne, etc.

Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß die Löhne der Bergarbeiter während des Krieges wirklich gestiegen sind...

Dabei ist das nun der Bezirk Dortmund, der sich, wie ein Bild auf die Tabelle zeigt, von allen anderen Bezirken durch die Höhe seiner Löhne abhebt...

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten. bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens...

Solange der Vorrat reicht! Allgemeiner Hand-Atlas über sämtliche Teile der Erde 48 Kartenblätter mit 184 Karten, Diagrammen, Tabellen und Stadt-Plänen.

Bermietungen. Zentr. Zeller Str. 40 freundl. sonn. Wohn 1. u. 2. verm. 240 Mk. Monatlich.

Treibriemen braucht oder neu, für eigenen Bedarf laufen B. R. Oskar Schneider Leipzig-Gohlis Laisenstr. 12. F. 50147

Afforderung! Ich fordere hiermit jedermann auf, die mit meinem Namen bezeichneten Rohstoffe...

Inferate für die fällige Nummer bestimmt, erbitten bis spätestens 4 Uhr vorm. am Erscheinungstage.

Leipziger Bücher-Ramsch-Halle Burgstr. 22/24, gegenüb. d. Thüringer Hof.

Bezugsquellen-Verzeichnis. Erteilt wöchentlich dreimal. Doi Einkäufen bestens empfohlen. Backwaren, Obst, Gemüse, etc.

Ekkehard.

Diktatorischer Roman von Joseph Victor von Scheffel.

Morgen neue sich der Todestag Herrn Burkhard's. In der Kapelle lag der alte Herzog mit Schild und Lanze begraben. Eine rote Platte deckte sein Grab seitwärts vom Altar. Matt brannte die ewige Lampe darüber. Ein Sarkophag aus grauem Sandstein stand dabei, in fünfmalige kleine Säulen mit ionisch gewundenem Ansatz waren an den Ecken angefügt; sie ruhten auf freigelegten Ziergestalten. Den Sarkophag hatte Frau Hadwig einst für sich selber anfertigen lassen. Jeweils an des Herzogs Gedächtnistage ließ sie ihn mit Rosen und Früchten gefüllt hinaustragen und verweilte seinen Inhalt den Armen — die Mittel zum Leben aus der Handstätt der Toten; es war ein frommer Brauch so. Sie wollte heute an ihres Gatten Grab beten. Des Ortes gabobunkel bedeckte den Entenden Ekkehard. Sie sah ihn nicht. Da schreckte sie auf aus ihrer Andacht. Halbtaut, aber schneidig klingend ein Nadeln an ihr Ohr, sie konnte die Stimme. Ekkehard hatte sich erhoben, er sprach ihr die Worte des Psalms: „Beschirme mich, o Herr, unter dem Schattens deiner Flügel, beschirme mich vor dem Antlitz der Gottlosen, die mich plagen. Meine Feinde haben meine Seele umgeben; ihr Herz ist mir verschlossen, ihr Mund hat geschmiedet Geredet.“ Er sprach mit bösem Tone. Das war kein Feind mehr.

Frau Hadwig neigte sich zum Sarkophag. Sie hätte gern einen zweiten drauf getürmt, daß er sich verbere vor Ekkehard's Bild. Sie wüßte kein Kleinlein mehr. Ihr Herz schlug ruhig. Er ging zur Pforte. Da plötzlich wandte er sich; die ewige Lampe schwebte leise über Frau Hadwig's Haupt hin und her, das schwebende Dämmlicht hatte sein Aug getroffen. . . mit einem Sprung, mächtig als der, den der heilige Bernhard in späteren Tagen durch den Dom zu Speier tat, da ihm das Marienbild gewinkt, stand er vor der Herzogin. Er schaute sie lang und durchdringend an. Sie erhob sich vom Boden, mit der Rechten den Rand des Sarkophages fassend stand sie ihm gegenüber, an seidener Schürz wiegte sich die ewige Lampe über ihrem Haupt. Glückselig sind die Toten, man betet für sie! sprach Ekkehard den Schweigen.

Frau Hadwig erwiderte nichts. Betet Ihr auch für mich, wenn ich tot bin? fuhr er fort. O, Ihr sollt nicht für mich beten! . . . einen Psalm laßt Euch aus meinem Schädel machen, und wenn Ihr wieder einen Würmer holt aus dem Kloster des heiligen Gallus, so möcht Ihr ihm den Willkommenslaut draus reichen — ich laß ihn grinsen! Dürst auch selber Eure Rippen drausgehen, er springt nicht. Aber das Stirnband mißt Ihr dabei ums Haupt tragen und die Nase drin. . . Ekkehard! sprach die Herzogin. — Ihr frevel! Er fuhr mit der Rechten an die Stirn: O! sprach er wehmütig — o ja! . . . der Heilmittel frevelt auch; sie haben ihm mit riesigen Heften den Kopf verbandt, aber er hat sie durchpaßt und braunt darüber weg in Schweiß und Sturm und Vernichtung. Blick auf, du freier Jüngling! . . . Und Gott frevelt auch, denn er hat den Heilmittel werden lassen und den Hohenwiel und die Herzogin von Schwanden und die Konzur auf meinem Haupt. Der Herzogin begann es zu grauen. Solchen Ausbruch zu ungeheuren Gefährs hatte sie nicht erwartet. Aber es war zu spät. Sie blieb gleichgültig.

Ihr seid krank! sprach sie. Krank? sprach er — es ist nur eine Vergeltung. Vor Jahr und Tag am Pfingstfest, da es noch keinen Hohenwiel für mich gab, hab ich beim festlichen Umgang aus unsrer Klosterküche den Saft des heiligen Gallus getragen, da hat sich ein Weib vor mir niedergeworfen. Sieh auf! hab ich ihr zugerufen, aber sie blieb liegen im Staub; schreit über mich, Pfaffen, mit deinem Heilum, daß ich gesund! sprach sie, und mein Fuß ging über sie hinweg. Sie hat am Herzweh gelitten, die Frau. Jetzt ist's umgekehrt. . . Tränen unterbrachen seine Stimme. Er konnte nicht weiter sprechen. Er warf sich zu Frau Hadwig's Füßen und umschlang den Saum ihres Gewandes. Der ganze Mensch zitterte. Frau Hadwig wurde mild, mild gegen ihren Willen, als zude es vom Saum ihres Gewandes zu ihr herauf von unfäglichem Gezeleib. Sieht auf, sprach sie, und denkt an andres. Ihr seid uns noch eine Gefährte schuldig. Verwindet! Da lachte Ekkehard in seinen Tränen.

Eine Gefährte, rief er — o, eine Gefährte! Wer nicht erziehen . . . kommt, laßt sie uns tun, die Gefährte! Troben von des Turmes Zinnen schaut sich so weit in die Lande und so tief hinunter, so süß und tief und lozend, was hat die Herzogsbürg zu halten? Keiner braucht mehr zu zählen als drei, der hinunter will . . . und wir schweben und gleiten in den Tod, dann bin ich kein Mönch mehr und darf den Arm schlingen um Euch — Er schlug mit der Faust auf Herrn Burkhard's Grab: — und der da unten schläft, soll mir nicht wehren! Wenn er kommt, der Alte: ich laß Euch nicht, und wir schweben wieder zum Turm empor und sitzen, wo wir saßen, und lesen den Virgil zu Ende, und Ihr müßt die Nase im Stirnband tragen, als wär nichts geschehen. Dem Herzog schloßen wir das Tor zu und über alle bösen Augen luden wir, und die Menschen sprechen dann, wenn sie am Winterstagen sitzen: das ist eine schöne Gefährte vom treuen Ekkehard, der hat den Kaiser Ermordung erschlagen, da er die Forderungen ausfündet, und dann ist er mit seinem weißen Stab vor Frau Venus Berg geblieben viel hundert Jahr und hat gemeint, er wolle bis zum jüngsten Tag die Leute warnen, die zum Berg wallen; aber hernachmal's ist's ihm langweilig worden und er ging durch und ward ein Mönch in Sant Gallen und fiel sich zu Tode, und legt sitzt er bei einer blauen Frau und liest Virgil, und es klingt mitternächtig durchs Gogau: Den unfäglichsten Schmerz zu erneuen gebeugt du, o Königin, mir! und sie muß ihn füllen, ob sie will oder nicht — der Tod holt nach, was das Leben versprochen!

Er hatte gesprochen mit irrem Blick. Jetzt brach er zusammen in seinem Weinen. Frau Hadwig war unbeweglich geblieben, es war, als ob ein Klammer von Mitleid ihr kaltes Aug durchleuchtete, sie beugte sich nieder. Ekkehard! sprach sie, Ihr sollt nicht vom Tod sprechen. Das ist Wahnsinn. Wir leben, Ihr und ich. . . Er bewegte sich nicht. Da legte sie ihre Hand leicht über das flebeschweiß Haupt. Es strömte und stutete durch sein Gehirn. Er sprach auf. Ihr habt recht! rief er, wir leben. Ihr und ich! Tanzende Nacht legte sich um seinen Blick: er tat einen Schritt vor, seine Arme schlangen sich um das stolze Frauenbild, wolkend prekte er sie an sich, sein Fuß flammte auf ihren Rippen, ungehört verlang ihr Widerstand. Er hob sie hoch gegen den Altar, als wäre sie ein Weihgescheit, das er darbringen wollte: Was hältst du die goldglänzenden Finger so ruhig und segnest uns nicht? rief er zum düster ernsten Mosaikbild hinauf. . . Die Herzogin war zusammengesunken wie ein wundenes Reh; — ein Augenblick, da ballte und bäumte sich alles in ihr von gekränktem Stolz; sie hielt den Pfaffen mit harter Hand vor die Stirn und entstrickte sich seinem Arm.

Noch hielt er ihre Hülfe umschlungen, da tat sich die Pforte der Kirche auf; ein greller Strahl Tageslicht draus ins Dämter — sie waren nicht mehr allein.

Mudmann, der Kellnermeister von Reichenau, trat über die Schwelle, Gestalten erschienen im Grunde des Burghofs. Die Herzogin war entsetzt in Scham und Zorn, eine Flechte ihres dunkeln Haupthaars walle auf sie über den Nacken. Entschuldiget, sprach der Mann von Reichenau mit grinsend höflichem Ausdruck, meine Augen haben nichts geseht!

Da rang Frau Hadwig sich von Ekkehard los. Doch — und doch — und doch! Einen Wahnsinnigen habt Ihr geseht, der sich mit Gott vergessen. . . Es wär mir leid um Eure Augen, ich müßte sie anstechen lassen, wenn sie nichts ersehnt. . . Es war eine unfäglich kalte Hoheit, mit der sie es dem Betroffenen entgegenrief. Da erklärte sich Mudmann den seltsamen Vorgang. Ich habe vergessen, sprach er mit Hohn, daß dort einer von denen steht, auf die weiße Männer das Wort des heiligen Hieronymus gezogen: Ihr Gebaren ziemt sich mehr für einen Staber und Bräutigam denn für einen Geweihten des Herrn.

Ekkehard stand an eine Säule geschut, die Arme in die Luft erhob, wie Odyseus, da er den Schatten seiner Mutter umfassen wollte; Mudmanns Wort rief ihn aus dem Fiebertraum. Wer tritt zwischen mich und sie? rief er drohend. Aber Mudmann klopfte ihm mit unverschämter Vertraulichkeit auf die Schulter: Verzicht Euch, guter Freund, wir haben nur ein Brieflein an Euch abzugeben, der heilige Gallus kann seinen weissesten Schüler nicht länger draussen lassen in der wankenden, schwankenden Welt, Ihr seid heimgerufen! — Vergeht den Tod nicht, mit dem Ihr die Mitbrüder mißhandelt, die im Herbst gern einen Fuß pflücken, keusche Sittenrichter! küßte er ihm ins Ohr.

Ekkehard trat zurück. Sehnsucht, Mit der Trennung, glühend verlangen und darauffragender Dohn klümmten in ihm; er rannte auf Frau Hadwig zu, aber schon füllte sich die Kapelle. Der Abt von Reichenau war selber gekommen, die Freunde von Ekkehard's Heimsetzung zu erleben; es wird schwer halten, daß wir ihn los bekommen, hatte er zum Kellnermeister gesagt. Es ward leicht. Wünsche und Gefolgskente traten mit ein. Secretorium rief ihnen Mudmann entgegen, er hat vor dem Altar die buchhalterische Hand zu seiner Gebieterin erhoben! Da schäunte Ekkehard auf. Der Herzogs heiligst Geheimnis von frecher Missethat entweißt, eine Perle vor die Schwelme geworfen. . . er rief die ewige Lampe herunter, wie eine Schänder schwang er das eiserne Gefäß; das Licht darin erlosch — ein dumpfer Schrei hallte auf, der Kellnermeister lag blutigen Hauptes auf den Steinplatten, die Lampe flirrte neben ihm. . . Ringen, Zerrn, wilde Bewirrung. . . es ging mit Ekkehard zu Ende. Sie hatten ihn übermächtig; den Gürtel der Kutte rissen sie ihm ab und banden ihn. Da stand er, die jugendliche Gestalt, jetzt ein Bild des Kammerers, dem fliegellahnen Adler gleich. Einen matten traurigen Blick ließ er zur Herzogin hinübergleiten. . . die wandte sich ab. Tut, was Eures Amtes ist! sprach sie zum Abt und schritt durch die Reih.

Ein Rauchwolke zog ihr entgegen. Lärm und Jubel schallte vor dem Burghof, ein Feuer brannte draußen, von hartigen Tannen scheitern geschichtet. Das Inneleude der Burg tanzte darum und warf Blumen drein, eben hatte Kudifax die Genossin seines Schicksals jubelnd in Arm gefaßt und war mit ihr durch die hochaufschlagende Flamme gesprungen. Was soll der Rauch? sprach Frau Hadwig zur herbeigeeilten Praxedis. Sonnenwende! antwortete die Griechin. Es war ein trüber verstemter Abend. Die Herzogin hatte sich in ihre Kammer verschlossen und ließ niemand vor sich, Ekkehard war von den Leuten des Abts in ein Verließ geschleppt worden; in demselben Turm, in dessen luftigen Stadtwerk sein Stübchen eingerichtet stand, war ein fester, finstere Gewahrsam, Trimmer alter Grabsteine, bei frühemr Umbau der Burgkapelle dorthin verbracht, lagen unheimlich umher. Man hatte ihm ein Bünd Stroh hineingeworfen. Ein Mönch sah vor dem Eingang und hielt Waage. Burkhard, der Klosterfänger, ließ auf und nieder und rang Klagen die Hände, er konnte seines Ohms Geschick nicht lassen. Die Leute der Burg steckten die Köpfe zusammen und wiperten und führten wrichte Reden, als ob die hundertjährige Fama aus dem Giebel des Burghofs gesehen und ihre Linen ausgefreut hätte: Er hat die Herrin ermorden wollen, sprach der eine; er hat des Teufels Klüfte getrieben mit seinem großen Buch, sprach ein anderer, heut ist Sankt Johannisabend, da hat der Teufel seine Nacht und konnte ihn nicht aus der Klemme heffen.

An Brunnen im Burghof stand Mudmann, der Kellnermeister, und ließ das klare Wasser über sein Haupt strömen; Ekkehard hatte ihm eine scharfe Schramme gehauen, zäh und unwillig rieselte sein Blut in den fremden Quell. Praxedis kam herunter blaß und trüb; sie war die einzige Seele, die ein aufrichtig Mitleid um den Gefangenen trug. Wie sie den Kellnermeister ersah, auge sie in den Garten, rief eine blaue Kornblume mit der Wurzel aus und drachte sie ihm: Nehmet, sprach sie, und haltet sie mit der Rechten, bis sie drin erwarmt, das stillt Euer Blut. Ober soll ich ein Einten zum Verband bringen? Er schüttelte das Haupt. Es wird von selber anhören, wenns Zeit ist, sagte er, es ist nicht mein erster Obersatz. Beschalt Eue Kornblume für Euch!

Aber Praxedis gedachte den Feind Ekkehard's milde zu stimmen. Sie holte Weinwand. Da ließ er sich verbinden. Er sprach keinen Dank. Daht Ihr den Ekkehard heut nimmer frei? fragte sie. Heut? sprach Mudmann höhnisch. Drängt es Euch, einen Kranz zu wunden für den Bannerträger des Antichrist, den Vorspann am Wagen des Satans, den Ihr da oben gehent und geseht, als wär er der herzlichste Sohn Benjamin? Heut? fraget einmal nach Monatsfrist brüßen an. Er deutete nach den helvetischen Bergen. Praxedis erschrad. Was wollt Ihr mit ihm anfangen? Was recht ist, sprach Mudmann mit finstern Blick. Anstretet, Gewalttat, Angehorsam, Hochmut, Kirchenscheidung, Kästerung Gottes; es gibt der Namen nicht genug für seine Frevel, aber Mittel zur Sühnung, Gott sei es gedankt, gibt es! Er fuhr mit dem Arm aus wie zu einem Streich. . . Jawohl, Mittel zur Sühnung, wonnesame Jungfrau! Wir werden ihn einen Denkfettel aufs Fell schreiben. Daht Mitleid, sprach Praxedis, er ist ein kranker Mann. Gerade deswegen helfen wir ihn. Wenn er erst an die Säule gebunden, den Rücken klümmt und ein halb Duzend Akuten drauf zerklagen sind, das treibt Grillen und Teufelswedel aus dem Kopf. Um Gottes willen! jammerete die Griechin. Verzicht Euch, es kommt noch besser. Ein entlaufen Schaf geht in seinen Stall geliefert, dort sind gute Dirten, die besorgen das Weidere; Schaffschur, Jungfräulein, Schaffschur! Dort schneiden sie ihm die Haare ab, das schafft dem Haupte Klüftung; und wenn Ihr einmal in Hochfest zum heiligen Gallus wallfahren wollt, so wirts Sonn- und Feterlags einer mit bloßen Füßen vor der Kirchen-

für stehen und sein Kopf wird kahl sein wie ein Stoppefeld und das Aufgewand wird ihn zierlich leiden. Was meint Ihr? Die Heidenwirtschaft mit dem Virgillus hat ein Ende.

Er ist unschuldig, sagte Praxedis. O, sprach der Kellnermeister spöttisch, der Unschuld Krümmen wir kein Paar. Er braucht sie nur durchs Gottesurteil zu beweisen; wenn er mit hellem Arm den goldenen Ring aus dem Kessel mit siedendem Wasser herausfängt, gibt ihm unser Abt selber den Segen und ich werd sagen, es war nur Nebelschneid und Reinfalsch, daß meine Augen in der Kapelle seine Heiligkeit den Bruder Ekkehard sahen, wie er Eure Herrin umfassen hielt. (Fortsetzung folgt.)

Unsre Schmucksteine.

III.

Noch ehe der junge Weltbürger darüber nachdenkt, daß seines Vaters Haus aus Steinen errichtet ist, lernt er den Kieselstein kennen. Bereits vor der Zeit, als aus die Schulbank fesselte, zogen wir freudig hinaus nach der nahen Kiesgrube und bauten uns Häuser und Schlösser und wer weiß was aus Sand und Kieselsteinen. Niemand von uns war natürlich imstande, daran zu denken, daß ihm dieser unedle, oft schmuggige Stein, der in Milliarden von größeren und kleineren Individuen vorhanden war, einmal in Form und Farben begegnen würde, die zu bewundern sind. Und Tausende sind alterschwach ins Grab, denen die Herrlichkeit des Kieselsteins verschlossen geblieben ist. Der Kieselstein, auch Quarz genannt, ist die Gemische Verbindung des nichtmetallischen Elements Silicium mit Sauerstoff, also Siliciumoxyd oder Kieselsäure, wie der Chemiker sagt. Dieser Kieselstein, schmutzig von Farbe und undurchsichtig, ist der gemeine Quarz und kann uns keinen besondern Schmach abgewinnen, aber er kommt auch kristallisiert in sechsseitigen Säulen mit der sechsseitigen Pyramide vor und lenkt dadurch unsre Aufmerksamkeit auf sich, jedoch als Schmuckstein behaut er uns trotzdem nicht. Aber bei Zwickel im Anspruch Wald, in Böhmen, Krnten, Steiermark und an vielen andern Orten hat er ein feltrovarotes Kleid angezogen und bietet sich uns unter dem Namen Rosenquarz als Schmuckstein an. Es hat freilich lange gedauert, bis er als solcher vom Publikum angenommen worden ist; denn trotz meiner zahlreichen Lebensjahre habe ich erst vor einigen Wochen den ersten geschliffenen und in Gold gefaßten Rosenquarz gesehen. Seit langer Zeit ist aber der Quarz als Schmuckstein geschätzt in seiner wasserklaren Varietät, die den Namen Edelquarz oder im kristallisierten Zustande Bergkristall führt. Er wird in derselben Form geschliffen wie der Brillant, kann aber wegen seiner geringen Härte und wegen seines geringen Lichtbrechungsvermögens nicht an diesen heranreichen und wird zu den sogenannten Halbedelsteinen gerechnet. Reich an Bergkristallen sind die Alpen, und im Jahre 1868 wurde am Tiefengletscher im Kanton Uri eine Kristallhöhle entdeckt, die etwa 1000 Zentner Bergkristalle lieferte, von denen einige saß ein Meier lang waren. Ungläubig von den Bergkristallen wurden im Laufe der Zeit von den Alpenflüssen fortgeführt, allmählich zu runden Knollen geschliffen, und so entstanden die bekannten Rheinlelele. Als Knabe habe ich solche Kieselsteine oft aus der Mäher beim Dorfe Jabelitz unterhalb Hochheim herausgeschick. Sie sind als Jabelitzer Diamanten bekannt. Ein sehr beliebter Schmuckstein ist der durch Mangan violett in allen Nuancen gefärbte Edelquarz, der Amethyst ist. In Deutschland findet er sich besonders bei Oberstein an der Nahe und wird dort geschliffen. Jetzt kommen die meisten aus Brasilien, Uruguay und Mexiko. Auch der Mal liefert viel Amethyste, die in Katharinenburg geschliffen und in Wiskin Nowgorod in den Handel gebracht werden. Der durch Kohlenstoff gefärbte dunkelbraun gefärbte Edelquarz heißt Rauchtopas oder Morion, wenn er besonders stark dunkel ist, und wird als Trauerstein verwandt. Der gelbe Edelquarz heißt Citrin oder Goldtopas, und ist sehr beliebt; denn man findet ihn bei jedem Goldarbeiter. Ich habe allen Grund, anzunehmen, daß er von allen Juwelieren einfach Topas genannt wird und somit unter solcher Flagge segelt. Die Kieselante tritt im Mineralreich hin und wieder auch mit Wasser verbunden auf und bildet dann die Opale. Diese können nicht kristallisieren, also keine bestimmte, bestimmtere Gestalt annehmen und werden deshalb amorph, gestaltlos genannt. Ihre Härte beträgt nur 5,5—6,5. Der geschäftigste und wertvollste von den Opalen ist der Edelopal, der sich durch ein prächtiges Farbenspiel, das man Opalisieren nennt, vor allen andern auszeichnet. Der Stein war ein Opal, der taugend schöne Farben spielte! heißt es in Lessings Nathan. Seine Grundfarbe ist meist milchweiß, doch gibt es auch rote, blaue und grüne Opale. Wegen seiner geringen Härte schleift man ihn nicht facettiert, sondern gewölbt — ein cabochon ist der technische Ausdruck — und verwendet ihn häufig als Ringstein. Als solchen möchte ich ihn aber nicht empfehlen, da er eben wegen seiner geringen Härte sehr leicht blind wird und dadurch an Schönheit bedeutend verliert. Dagegen ist er als Brotschmuckstein vorzüglich. Die schönsten Edelopale kommen aus der Gegend von Czerwenka im ungarischen Erzgebirge, die meisten aber liefern gegenwärtig Neu-Schwaben und Queensland. Alle andern Opale, Feuer- oder Sonnenopal, Mischopal, Porzellanopal, Wachsopal, Pechopal, Holzopal, der durch Nickeloryd gelb gefärbte Präsoopal, und wie sie alle heißen, haben als Schmucksteine nur geringe Bedeutung. Zu erwähnen wäre noch die sogenannte Opalmutter — Opalmutter oder Opalin — keine Opalähnlichen oder Stücken, die zusammen mit dem Muttergestein, in dem sie liegen, geschliffen werden, da sie sonst wegen ihrer Kleinheit nicht zur Geltung kommen. Zwischen der kristallinischen und amorphen Kieselsäure stehen noch einige Mineralien, die als Gemenge beider Arten anzusehen sind. Es sind dies Jasper, Carneol, Chalcedon, Chrysoptas, dann die herrlichen Achate und Onyx. Der Jasper ist stets undurchsichtig, und meist rot oder grün von Farbe. Grüner Jasper mit roten Flecken oder Punkten von Eisenoryd heißt Blutjasper oder Heliotrop und wird vielfach als Ringstein verwendet. Blutjasper besteht aus mehreren Schichten von verschiedener Farbe und findet sich in Deutschland namentlich im Gartz. Der Chalcedon, der seinen Namen von der Stadt Chalkedon in Kleinasien hat, ist durchscheinend von grauer oder grünlicher, zuweilen auch gelblicher Farbe. Der Carneol ist durchscheinend und fleischfarben, daher der Name, und der Chrysoptas, dessen Hauptfundort Schlesien war, ist durchsichtig und grün. Diese letztgenannten Steine sind es nun, die die herrlichsten Achate bilden, die auf ihren Schnittflächen die verschiedenartigsten Zeichnungen entfallen und nach diesen benannt werden, nämlich Wolfachate, Pandachate, Festungsdachate, Rossdachate oder Wolfachate, Achate mit schönen Dendriten, das sind baumartige Bildungen, entstanden dadurch, daß in viele feine, baumartig verzweigte Risse Auflösungen von Metalloryden eingebrungen sind, findet man hin und wieder. Eine interessante Erscheinung ist der Trümmerrachat, der sich bei Schlottwitz unweit Blaschütz findet. Durch Bergarbeiten sind die fossilenen Achatmandeln zertrümmert worden. Durch einwirkenden Druck, vielleicht unter Wirkungen irgendeines Druckmittels, wurden die einzelnen Stücke wieder fest zusammengepreßt,

und so entstanden Minerale, die oft die schönsten Mosaikarbeit darstellen. Dargestellt sind Minerale aus zwei Schichten bestehend, aus einer roten und weißen oder schwarzen und weißen. Als man die Priefe nach siegeln mußte, hatten die meisten korrespondierenden Minerale einen Ziegelring mit einem Kreuz, und man sah einen roten oder schwarzen Nennungsring in weissen Felder. Junge Mädchen schmückten sich mit roten oder schwarzen Steinperlen, um die sich weiße Nerven schlängeln. Dargestellt sind Minerale im Altertum in hohem Ansehen und man schätzte damals schon aus ihnen die berühmten Nennungen — weiße Mellebildner auf farbigen Grunde.

Zum Schluß wollen wir die Apatite und Zirconen nicht vergessen. Apatite sind Quarz mit Apatitsteinen. Man schneidet sie gewöhnt, und dadurch erhalten sie eine graue Farbe und einen Lichtstrahl, der beim Bewegen des Steines seine Lage verändert. Zirconen im Bodetal liefern das Rohmaterial hierzu. Kieselstein sind die Zirconen, nur daß diese gelbbraun aussehen und aus Quarz mit Apatitsteinen bestehen. Sie werden auch in Plattenform geschliffen zu Uhrteilen, Manuskriptentwürfen und dergleichen. Das Rohmaterial kommt aus den Doorn- und Griqua-gebirgen in Südafrika.

Zirkon ist kieselhaftes Zirkoniumoxyd von der Härte 7,5 und roter, violetter und grüner Farbe. Zuweilen kommen auch farblose Zirkone vor, die wegen ihres starken Lichtstreuungsvorganges sehr leicht mit Diamanten verwechselt werden können, doch findet der Kenner den Unterschied leicht heraus. Eine rotbraune Varietät ist unter dem Namen Gyzanth ein sehr geschätzter Schmuckstein und kommt am häufigsten aus Ceylon. Zirkone finden sich ferner in den Flussbetten des Urals, im Spennit von Norwegen, in Neu-Schweden und eingeprengt in der Basaltlava des Saander Sees bei Andromach.

Chrysolith oder edler Olivin ist kieselhaftes Magnesiumoxyd mit etwas Eisen, von grüner Farbe und der Härte 6,5-7. Vielfach gehen unter diesem Namen im Handel grüne Olivine von Ostindien und Korunde. Das Hauptland des Chrysoliths ist Oberindien, von wo er seit alters her bezogen wird. Auch auf Ceylon und in Brasilien findet er sich. Vielfach wird er als Imitation des Smaragds benutzt. Charakteristisch für den Olivin ist sein Vorkommen als Einsprenglinge des Basalts, an denen man einen schwarzen Stein mit Sicherheit als Olivin erkennen kann.

Das Wort Granat, wohl jedem bekannt, der Schmucksteine liebt, umfaßt eine ganze Gruppe von Steinen von sehr verschiedener chemischer Zusammensetzung, die aber alle in der Kristallform miteinander übereinstimmen. Die am häufigsten vorkommende Form ist das Rhombendodekaeder, ein Körper, der von zwölf gleichen Rhomben begrenzt wird. Ihrer chemischen Zusammensetzung nach sind die Granaten Verbindungen von Kieselsäure mit zwei verschiedenen Metalloxyden, so daß man von Kalkgranat, Kalkgranat, Magnetsgranat usw. spricht. Der bekannteste und am häufigsten im Handel vorkommende Granat ist der Pyrop oder böhmische Granat. Er ist kieselhaftes Magnesium-Aluminiumoxyd mit etwas

Chrom und Eisen, von schöner dunkelroter Farbe und der Härte 7,5. — Almandin oder edler Granat ist ein Eisengranat von roter Farbe mit einem Stich ins Violette, so daß er dem Rubin ähnelt. Er findet sich in den Illerthaler Alpen, auf Ceylon, in Indien, Brasilien und Australien. — Sphäroid oder Sphäroidin ist ein Kalkgranat. Er sieht braungelb aus und wird vorzugsweise auf Ceylon gefunden, kommt aber auch am Vesuv vor, in Piemont und auf Sibirien. — Von fast derselben chemischen Zusammensetzung ist der Melanit, ein undurchsichtiger, schwarzer Granat, der namentlich am Vesuv wie überhaupt in vulkanischen Gesteinen vorkommt. — In der Gegend von Achassenburg im Speßart gibt es einen bräunlichroten Mangangangranat, der nach seinem Fundorte Sphäroidin genannt wird und leicht mit dem Melanit verwechselt werden kann. — Ein besonders wertvoller Granat ist der Demantoid, ein Kalkgranat, der seine schöne grüne Farbe einem Gehalt an Chrom verdankt. Er findet sich in den goldführenden Sanden des Urals und hat wegen seiner Seltenheit in Deutschland wenig Eingang gefunden. 1 Karat (1/4 Gramm) kostet oft mehr als 100 Mk. Alle anderen Granaten dringen wenig in das praktische Leben ein und können deshalb hier übergangen werden.

Dr. M. Schulze.

Kleine Chronik.

Eine neue Jungfrau von Orleans. Paris hat eine neue Zeitschrift. Eine Hellscherin ist in die Stadt des Lichts gekommen, ein junges Mädchen aus der Vendée, namens Verchaud, das als eine zweite Jungfrau von Orleans in Szene gesetzt wird. Sie hat, wie ihre Anhänger behaupten, bisher auf einem einsamen Bauernhof gelebt, ist immer tief religiös gewesen und hat täglich die Kirche besucht. In der Kirche geschah denn auch, erzählt sie, ihre Berufung. Sie sah eine Flamme und vernahm eine geheimnisvolle Stimme, die ihr befahl, Frankreich zu retten; also will sie denn sich am Kampf gegen den Feind beteiligen und die französischen Soldaten zum Siege führen. Die Geistlichkeit ihrer Heimat stand ihr anfangs skeptisch gegenüber; jetzt hat sie aber für gut gefunden, auf ihre göttliche Sendung zu glauben und die fromme Jungfrau nach Paris zu schicken. Dort besucht sie jeden Tag die Kirche auf dem Montmartre, hat eine Ehrengarde von Männern und wird vom Erzbischof von Paris mit der größten Zuversicht behandelt. An dem Gdfig der großen Nation kann ja nun wohl nicht mehr gezweifelt werden.

Ik. Nachträgliches Brennen 4000 Jahre alter Tonplatten. Die Universitätsbibliothek in Straßburg erhielt vor einigen Jahren eine größere Sammlung mit altbabylonischen Schriftzeichen und Siegeln versehenen Tonplatten, die bei Ausgrabungen gefunden waren und etwa 4000 Jahre alt sind. Ein Teil dieser Platten ist gebrannt,

andre dagegen sind nur an der Luft getrocknet. Diese haben teilweise brach gelitten, daß ihre längere Erhaltung ausgeschlossen schien. Da andre Mittel keine Aussicht auf Erfolg versprachen, suchte man die Haltbarkeit der Platten dadurch zu verbessern, daß man sie jetzt noch nachträglich brannte. Ein Versuch damit im elektrischen Ofen der Universitätsbibliothek über Erwarten gut, und man beschloß deshalb, alle schadhaften Platten zu brennen. Dadurch wurde nicht nur die Erhaltung der Schrift gesichert, sondern auch ein besseres Hervortreten und somit eine größere Deutlichkeit der Aufschriften erzielt, wenn die beim Lagern der Platten in der Erde auf ihnen entstandenen Niederschläge, die die Schriftzeichen teilweise verdeckten, beim Brennen verschwanden.

Neues Theater. Mittwoch, Donnerstag geschlossen. Freitag, 8 Uhr: Die toten Augen. Sonnabend, 7 Uhr: Aktus. Sonntag, 18. März, 8 Uhr: Mahab (Oper in 1 Akt von Clemens von Branden-stein; Erstaufführung); Frauenklub (Musikalisches Lustspiel in 1 Akt von Hugo Möhr; Aufführung). — Neues Theater. Mittwoch, Donnerstag geschlossen. Freitag, 8 Uhr: Maria Stuart (Elisabeth; Margarete Swoboda vom Münchener Hoftheater). Sonnabend, 1/2 Uhr: Die seltsame Exzellenz (vollständige Vorstellung), 1/2 Uhr: Glaube und Heimat (Mottin; Margarete Swoboda). Sonntag, 18. März, 1/2 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsabteilung (Wie es euch gefällt), 7 Uhr: Die verlorne Tochter. — Neues Operntheater. Mittwoch, Donnerstag geschlossen. Freitag, 1/2 Uhr: Der Vogelshändler (vollständige Vorstellung), 7 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Sonnabend, 1/2 Uhr: Der fidele Bauer (vollständige Vorstellung), 1/2 Uhr: Wiener Walt. Sonntag, 18. März, 1/2 Uhr: Vorstellung für den Verband Gabelsberger Stenographen (Der Graf von Luxemburg), 7 Uhr: Die Glarbadlerin.

Am Freitag beginnt Margarete Swoboda am Münchener Hoftheater in Maria Stuart als Königin Elisabeth ein Gastspiel auf Anstellung. Als zweite Gastrolle spielt Frau Swoboda am Sonnabend die Mottin in Glaube und Heimat, als dritte die Maria in Sebelds Demetrios.

Leipziger Schauspielhaus. Mittwoch, Donnerstag geschlossen. Freitag, 8 Uhr: Das nürnbergische Ei (Jugendvorstellung zu Einheitspreisen), 7 Uhr: Die treue Hand. Sonnabend, 8 Uhr: Als ich noch im Hüllkleide (Einheitspreise), 7 Uhr: Rosmersholm. Sonntag, 11 Uhr: Liebe (Einheitspreise), 3 Uhr: Verlen (Einheitspreise), 1/2 Uhr: Adam, Eva und die Schlange.

Der Vorverkauf für alle in dieser Woche angebotenen Vorstellungen beginnt am Mittwoch.

Konzerte und Vorträge. Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut. Sonntag, 4 Uhr, im Städtischen Kaufhaus: Vortrag Prof. Dr. Julius Vogel über Max Klingers Leben und Werke (mit 60 Lichtbildern. Vortrag von Franz Langheinrich, gesprochen von Dr. Paul Reberow).

Aus den Ausschüssen des Reichstags.

Die Organisation der Lebensmittelversorgung.

Der Ernährungsausschuß des Reichstags setzte am Sonnabend seine Beratung über die Verabreichung der Lebensmittelpreise fort. — Stübbe (Soz.) bemerkt, daß, wenn wir die Volksernährung sichern wollen, der Viehbestand reduziert werden müsse. Wenn auch eine Anzahl Arbeiter in der Viehwirtschaft gute Löhne erhalten, so reicht bei dem größten Teil der Arbeiter der Verdienst bei den hohen Lebensmittelpreisen nicht zum Unterhalt aus.

Abg. Wurm (Soz. Arb.): Es ist nicht richtig, daß die Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise angeklagt wird durch eine Verabreichung der Viehpreise. Bei einer Familie von fünf Personen stellt sich die Verabreichung pro Woche auf 1,10 Mk., die Verabreichung durch die Viehpreise auf 20 Mk. Die Verabreichung des Viehes ist nicht den Fleischern zur Last zu legen, die Viehpreise sind vielmehr durch die Viehwirtschaft und andere Speise sind hier sehr viel mehr dafür verantwortlich zu machen. Der Redner weist dies auf Grund einer Aufstellung, die der städtischen Verwaltung in Berlin vorgelegt hat, eingehend nach. Das Gutachten der Professoren ist vom Standpunkt der Agrarier durchaus vorteilhaft, der Protest dagegen von der Landwirtschaft unangebracht.

In der weiteren Debatte wird von den Vertretern der National-Liberalen, der Konservativen und des Zentrums die Verabreichung der Viehpreise energetisch bekämpft, während von der andern Seite die Ansicht des Kriegsernährungsamts, die Preisfestsetzung herbeizuführen, angeklagt wird.

Der Ausschuß wandte sich hierauf zur Besprechung der Organisation unserer Lebensmittelversorgung. Der Präsident v. Batschki teilte mit, daß die gesamte Verwaltung des Brotgeschäftes, des Getreides, der Getreide und der Schlachtvieh für das kommende Wirtschaftsjahr in die Hände der Reichsgetreideverwalter gelegt werde. In der Verteilung des Brotgeschäftes wird keine Änderung eintreten; auch die Bewirtschaftung des Getreides wird die gleiche bleiben und der Besitzer entsprechend seiner Viehhaltung einen Teil der Ernte in eigenen Betrieben verwenden können. Die Getreide soll für Haus-schlachtungen und für Ferkelzucht für den landwirtschaftlichen Betrieb bis zu einer bestimmten Menge freigegeben werden. Sehr bedeutsam sei die bisherige Bestimmung gewesen, daß 20 Zentner dem Besitzer unter allen Umständen zur eigenen Verfügung überlassen wurden. Es hat sich ergeben, daß die Getreide, die angeblich nur bis zu 20 Zentner ernten, enorm groß geworden ist. Leider sei eine Kontrolle, ob diese Angaben zuverlässig sind, unmöglich. Es wird auch in der kommenden Wirtschaftsjahre nicht möglich sein, ohne Unterschied 40 Prozent der Getreide dem Landwirt zu belassen. Dagegen soll ihm ein Teil seiner Ernte für Graupen und Grüns frei gegeben werden. Ebenso wird von der Hülsenfrucht ein Teil dem Landwirt zur eigenen Verwendung überlassen. — Ob auf Grund von Maßverträgen aus der inländischen Produktion Getreide in irgendwie erheblichen Mengen zur Verfügung gestellt werden kann, ist sehr fraglich. Der Besitzer, der selbst Mast betreibt, soll das Recht bekommen, aus der eigenen Getreide eine größere Menge für diesen Zweck zurückzubehalten.

Die Debatte über die Organisation der Lebensmittelversorgung wurde am Montag zu Ende geführt. Man besaß sich in dieser Sitzung auch mit den Maßverträgen in Bayern und den Getreideverträgen in Westpreußen und Polen. In der nächsten Sitzung am Dienstag soll über die zu diesem Punkt gestellten Anträge entschieden werden.

Die neuen Steuern.

Im Hauptausschuß des Reichstags wurde am Sonnabend zuerst der Entwurf eines Gesetzes über Sicherung der Kriegsteuern beraten. Ein Änderungsantrag lag nur zu § 2 vor. Nach diesem Paragraphen sollen die Gesellschaften und juristischen Personen in eine neu zu bildende Kriegsteuerrücklage 60 Prozent des in dem weiteren Kriegsjahre erzielten Mehrgewinns einstellen. Dazu hatten die Sozialdemokraten und der Abg. Wurm von der Deutschen Fraktion gleichlautende Anträge eingebracht, die den Satz von 60 auf 75 Prozent erhöhen wollten. — Die Anträge wurden abgelehnt und das Gesetz unverändert angenommen.

Hierauf begann der Ausschuß mit der Beratung des Entwurfs für ein Kohlensteuergesetz. Ein konservativer Antrag will, daß von dem Ertrag der Kohlensteuer zwei Millionen Mark zur Unterstützung der minderbesitzten Volksklassen verwendet werden sollen. In der Debatte erklärte der Staatssekretär, daß die Frage des Kohlenverbrauches die Reichsfinanzverwaltung mehrfach beschäftigt habe. Die technischen Schwierigkeiten, den Hausbrand aus der Steuer herauszunehmen, seien jedoch sehr groß. Nichtsdestoweniger sei die Reichsfinanzverwaltung bereit, von neuem die Frage zu prüfen. Vielleicht könne man den Kommunalverwaltungen für den nächsten

Winter Beträge aus der Steuer zur Verfügung stellen, mit denen für die Minderbemittelten eine Verminderung der Kohlenpreise für Hausbrand oder eine Herabsetzung der Transportkosten herbeizuführen werden könnte.

Die Redner der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion erklärten, daß sie die Steuer unbedingt ablehnen würden. Der konservativen Antrag wurde von ihnen als ein Hof und ein Trinkschüssel bezeichnet.

Die Fortschrittler stellen den Antrag: Soweit der Bezug von Kohle für Hausbrand durch Gemeinden oder Gemeindeverbände erfolgt und die Kohle an Besitzer von Kleinwohnungen zum Selbstkostenpreis, aber abzüglich des Betrags der Kohlensteuer abgegeben werde, ist den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Steuer zurückzuerstatten; die näheren Anordnungen erläßt der Bundesrat. — Die Deutsche Fraktion beantragt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in nächste Sitzung die Haupt-Preisermäßigungen festzusetzen.

Die Debatte in der Montagssitzung beschäftigte sich ausschließlich mit der Kohlensteuer. Es wurde schließlich ein Antrag des Zentrumsabgeordneten Müller-Judka einstimmig angenommen, daß die Regierung genaue Mitteilungen über das ganze Geschäftsgeschäft der Syndikate, der Groß- und Kleinhandlär auf dem Gebiet des Kohlenmarktes der Kommission vorlege. Gegen die Stimmen der Konservativen, National-Liberalen und Fortschrittler wurde beschlossen, die Verhandlungen auszuweichen, bis das von der Regierung verlangte Material eingegangen ist.

Im Dienstag sollen die Verkehrssteuern besprochen werden.

Der Bericht über die Verhandlungen des Ernährungsausschusses, der vom Parteibureau an die Parteipresse verandt wird, hat „verlesen“, aus der Sitzung am Donnerstag, dem 8. März, mitzuteilen, daß auch der Vertreter der Soz. Arbeitergemeinschaft, Genosse Wurm, sich an der Debatte beteiligte. Er wies auf die Rede des preussischen Landwirtschaftsministers hin, dem die geplanten Kartoffelpreise von 5 Mark für den Zentner noch nicht hoch genug sind und der dadurch die Hoffnung bei den Bauern erweckt, daß, wenn er am Acker ist, höhere Preise kommen. Deshalb müsse das Kriegsernährungsamt deutlich erklären, daß die einmal festgelegten Preise unter keinen Umständen erhöht würden, damit nicht durch die Hoffnung auf spätere höhere Preisgestaltung die Kartoffelablieferung künstlich zurückgehalten wird. Da sonst die Aussichten auf die künftige Ernte geradezu trostlos sind, halte er den Zwanqsbau für Kartoffeln für unbedingt erforderlich; das erforderliche Saatgut muß selbst auf Kosten der jetzigen Nationierung zur Verfügung gestellt werden. Wenn die Bedarfscommunen, namentlich die großen Städte, im Herbst bestimmte Mengen Kartoffeln zugewiesen erhalten, sie aber, wie die Reichskartoffelverwalter vorschlägt, auf dem Lande beim Erzeuger gegen eine Lagerungsgebühr belassen sollen, bis sie sie brauchen, so sei dies deshalb sehr gefährlich, weil bei Transportverwierigkeiten die Städte in Not geraten würden. Ueberhaupt müsse eine größere Nation den Städten, besonders den großen, und Industriezentren überwiehen werden, da diese ganz allein auf ihre Nation angewiesen sind, während die Landstädte und gar das flache Land stets hinterzögen finden, um sich mehr Nahrungsmittel zu beschaffen. Die Kontrolle der Landwirte durch die Organe der Landesverwaltungen werde verjagt; es sei daher notwendig, daß das Kriegsernährungsamt durch Reichsbeamte, die von den Landbesitzern unabhängig sind, die Ablieferung der Nahrungsmittel überwachen läßt. Das System, durch erhöhte Preise den Anbau fördern zu wollen, sonst aber alles dem guten Willen des Landwirts zu überlassen, habe Bankrott gemacht.

Aus der Partei.

Im 11. sächsischen Reichstagswahlkreis (Dösch-Grinma)

senden am Sonntag, dem 11. März, Mitgliederversammlungen in Strichla und Dösch statt, an der in Strichla 20, in Dösch 60 Mitglieder teilnahmen. In beiden Versammlungen sprach Genosse Lipinski über die Situation in der Partei und legte die Haltung der Opposition dar. Die Mitglieder beider Versammlungen billigten nach einer Debatte einstimmig die Auffassung der Opposition.

Die Opposition im Wahlkreis Bochum.

Eine in Bochum, dem größten Parteiviertel des Wahlkreises, am Sonntag, dem 4. März, tagende Parteiversammlung befaßte sich mit den Beschlüssen der am 25. Februar abgehaltenen Kreisversammlung.

Zu dieser Versammlung hatte der Verbandsvorsitzende, Genosse Gusemann, durch ein Zirkular, das den Kampf gegen die Opposition anfangs, die Mehrheitsmänner auf den Plan gerufen. Nachdem vom Genossen Hoffeld der Bericht von der Funktionärskonferenz gegeben war, verteidigte Genosse Gusemann in beinahe dreiviertelstündiger Rede die Mehrheitspolitik, sich strebend auch die Gewaltpolitik des Parteiausschusses und des Parteivorstandes aufzuheben.

Parteisekretär Genosse Windau trat den Ausführungen Gusemanns entgegen. In längeren Ausführungen den Standpunkt der Opposition vertretend, unterzog er das Vorgehen der Parteinstanzen einer scharfen Kritik.

Eine Mehrheitsresolution, die die Beschlüsse der Parteinstanzen und die Konferenzbeschlüsse aufhebt, wurde mit 43 Stimmen der Opposition gegen 22 Stimmen der Mehrheitsanhänger abgelehnt.

Folgende Resolution wurde dann mit eben den 43 Stimmen der Opposition gegen 22 Stimmen der Mehrheitsanhänger angenommen:

Die ... Versammlung ... verurteilt aus schärfster die Abänderung des Parteisekretärs Windau. Der Vorstand, der Wahlkreis habe nicht mehr die nötigen Finanzen, um den Sekretär weiter befähigen zu können, ist zu durchschlagen. Es handelt sich hier um weiter gar nichts, als einen zur Minderheit stehenden Angestellten brütlos zu machen. Die Anwesenden sprechen dem Genossen ihre Sympathie aus und werden die Konsequenzen aus der Handlungsweise des Vorstandes ziehen.

Zum Hinauswurf der Genossen Bengels und Zieh aus dem Parteivorstande

schreibt die Gleichheit:

„Für die Genossinnen hat die Billigkeit des Parteivorstandes ihre besondere Bedeutung. Sie hat die Genossinnen ihrer langjährigen, unermüdbaren Vertretung in der Parteileitung beraubt. Das besagt über die brutale Maßregelung der Genossin Zieh hinaus eine nicht weniger brutale Zurückweisung des Rechts der Genossinnen auf eine Vertretung im Parteivorstand. Die Beschlüsse der Sozialdemokratie erklärt ausdrücklich, daß sich unter den Bedingungen dieser Abwehrkraft eine Vertretung der Genossinnen befinden muß. Eine Vertretung, die vom Parteivorstand zu wählen ist und weder von der Gnade des Parteivorstandes ernannt, noch von seiner Ungnade abgesetzt werden darf. Wir schämen uns Genossinnen hoch genug ein, daß sie Maßregelung und Rechtsverleugnung nicht schweigen lassen können. Sie sind geschlossen zum Protest zu erheben, ist für sie eine dreifache Pflicht. Eine Ehrenpflicht gegen ihre guten, wohlverdienten und verdienstlichen Recht, das jeder Parteitag genießt hat. Eine Dankspflicht gegen Genossin Zieh, die seit langen Jahren ihre Begabung, Energie und Hingabe für die Förderung der proletarischen Frauenbewegung einsetzt hat, die Tausenden zur Erweckerin, Beraterin, Sachwalterin und Führerin geworden ist. Eine Dankpflicht gegen den internationalen Sozialismus, dessen Grundsätze nicht den nationalpolitischen Auffassungen der Mehrheitspolitiker angepaßt zu haben, Genossin Zieh's Verbrechen ist. Die Genossinnen in Hamburg und Berlin sind mit allem Beifall voranzugehen, das hoffentlich allerwärts Nachahmung finden wird.“

Erfolge bei den dänischen Kommunalwahlen.

Die zur Zeit in Dänemark stattfindenden Gemeindevahlen haben bisher für die Partei sehr gute Erfolge gebracht. In einer Reihe von Städten und auch auf dem flachen Lande sind die sozialdemokratischen Stimmenzahlen erheblich gestiegen und neue Mandate erobert worden. In der Stadt Nybory gewann die Partei ein Mandat und verteidigte ihre Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium. In Aarhus erhielten die Sozialdemokraten 8002 Stimmen und 11 Mandate, wodurch die Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums in die Hände der Partei überging. Die Zunahme der Stimmenzahl und Mandate war 1500 bzw. zwei. In Fredericia eroberten die Sozialdemokraten drei Mandate bei einem Stimmengewinn von 1100. In Rudkoping und Hornum, wo die Partei früher je drei Mandate hatte, konnte sie jetzt je vier Plätze besetzen. Im Sorby-Landbezirk wurden drei Sozialdemokraten und zwei von der Rechten gewählt, während die Radikalen leer ausgingen.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Urteil im Vorwärtsprozeß.

Ueber die Verhandlung, deren Ausgang wir schon kurz mitteilen, wird uns berichtet:

Berlin, 10. März.

In der Klage der ohne Recht entlassenen Redakteure des Vorwärts, Genossen Däumig, Kohn, Reid, Stadthagen, Ströbel und Dielepp, gegen die Handelsgesellschaft Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., deren Prokuristen Richard Fischer und die Mitglieder des Parteivorstands, stand heute Termin zur Verkündung der Entscheidung an. Sie ging auf Abweisung der Kläger aus folgenden Gründen:

Mit der offenen Handelsgesellschaft liegt ein Vertragsverhältnis der Kläger nicht vor. Der Klage gegen die Mitglieder des Parteivorstands siehe der § 17 des Organisationsstatuts entgegen, nach dem kein Parteigenosse oder ein anderer durch Vertretung mit dem Parteivorstand ein Handelsrecht gegen ihn oder seine Mitlieder erwerben kann. Für das Eigentum der Partei genossen" siehe es an einem dies begründenden Recht. Wenn auf dem Parteitag in Mainz von Auer vom Eigentum der Partei an der Vorwärts gesprochen sei, so nehme der Vorwärts eine Doppelstellung ein. § 25 des Organisationsstatuts, der die Berliner Presskommission und den Parteivorstand als bestimmende Faktoren einsetzt, sei ein Kompromiß. Der vorliegende Fall zeigt, daß das Eigentum der Berliner" nur durchführbar ist, solange Parteivorstand und Redakteure einig sind!

Die Entscheidung in der Sache sei aber nicht aus diesen Gründen, sondern aus einem andern, nämlich dem abzuweisen, daß nach Ansicht des Gerichts die Kläger nicht mehr zur sozialdemokratischen Partei gehören. Hierfür sei nicht das Organisationsstatut oder rechtliche Gesichtspunkte maßgebend. Solche Fragen könnten nur historisch entschieden werden. Zum Vergleich siehe das Ausschluß der Mitglieder aus der Fortschrittspartei, welche später die nationalliberale Partei gegründet haben, und die Entschleunung der Sezession aus der nationalliberalen Partei. Die Parteibeteiligung spielte in der Fraktion, das heißt in der Geltendmachung der Bestimmungen der Partei in der Parteiverwaltung. Die Trennung der sozialdemokratischen Partei der großen Partei bedeute, daß sie eine eigene Partei geworden habe. Unrechtmäßig sei, ob das Programm der Fraktion dasselbe ist. Es handle sich weder um einen Ausschluß aus der Partei, noch um eine Trennung von ihr, sondern um die Bildung einer neuen Partei. Allerdings sei nur Stadthagen Mitglied der Arbeitsgemeinschaft, aber die andern Kläger bestritten sich zu der „neuen Partei“. Die Kläger könnten nicht Ansprüche erheben, die nur den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei zustehe.

Reim besten Willen wird man die „Gründe“ des Urteils als Überzeugend nicht bezeichnen können. Sie hinken auf allen Beinen und stehen mit den Tatsachen, der Geschichte und dem Wesen der sozialdemokratischen Partei in unauflösbarem Widerspruch. Für sie sind, wie das Urteil ja selbst anerkennt, keine „rechtlichen Gesichtspunkte“ maßgebend. Und doch sollte ein Urteil nur von rechtlichen Gesichtspunkten getragen werden dürfen.

Im einzelnen mag kurz folgendes bemerkt werden: Die Kläger haben, und mit Recht, ein Vertragsverhältnis mit der offenen Handelsgesellschaft behauptet. Nur liegt kein schriftlicher Vertrag vor, sondern die Handelsgesellschaft ist nach dem Parteistatut, nach ihrer Entstehung und nach der Betätigung seit ihrer Gründung verpflichtet, die Abereinstimmenden Beschlüsse des Parteivorstands und der Presskommission auszuführen. Dazu gehört, daß sie nicht in einer Entlassung berechtigt und zur Gehaltszahlung verpflichtet ist. Das ist kein Verlagsvertrag, aber ein gültiger Vertrag. Hinzu kommt, daß schlüssiger Beweis dafür angetreten ist, daß die Gesellschaft lediglich den Berliner Genossen gehört, oder will das Gericht gar annehmen, den nominellen Firmeninhabern, die nie einen Penny für das Geschäft hergeben haben und die nach dem Gesellschaftsvertrag nicht berechtigt sind, über die Gesellschaft zu verfügen, gehöre das Geschäft? Auf Grund welchen Rechts?

Hätte der § 17 des Organisationsstatuts die Bedeutung, niemand könne gegen den Parteivorstand Klagen, dieser sei zivilrechtlich immun, so wäre er ungültig, weil er gegen die guten Sitten verstoße. § 17 ist in Verbindung mit §§ 18 und 27 auf dem Parteitag in Mainz geschaffen, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß dritte, insbesondere Behörden, sich das Recht des Parteimitglieds auf Rechenschaftslegung abtreten ließen und dadurch Einsicht in Dinge bekommen können, von denen sie nichts wissen sollen und deren Kenntnis Veranlassung zu Anklagen geben könnte.

Völlig unverständlich ist das Hinübergleiten des Gerichts über § 25 des Organisationsstatuts und seine Konstruktion einer „Partei Arbeitsgemeinschaft“. Ueber die Bildung der Arbeitsgemeinschaft ist im Prozeß überhaupt nicht verhandelt. Die Fraktion Arbeitsgemeinschaft hat sich gebildet, um ihren Mitgliedern die Ausübung ihrer Rechte als Abgeordnete gegenüber dem Gewaltakt der sozialdemokratischen Fraktion ausüben zu können. Mit keinem Wort hat irgendeiner der Kläger oder auch nur die Beklagten unter Beweis gestellt, die Arbeitsgemeinschaft sei eine neue Partei. Ebenfalls hat irgendeiner der Kläger behauptet, er „bekenne sich zu der neuen Partei“. Das sind mit der Wirklichkeit im schärfsten Widerspruch stehende Annahmen.

Selbstverständlich werden die Kläger Verurteilung einlegen. Der Erfolg kann ihr nach unsrer Meinung nicht verweigert bleiben. Völlig übergegangen in dem Urteil ist die Klagebegründung, daß auch aus dem Gesichtspunkt die Beklagten hatten, daß sie in einer mindestens nahezu strafrechtlich zu verfolgenden Weise Treu und Glauben verletzt, arglistig und gegen die guten Sitten verstoßen haben. Das Urteil ist unfrei Erachtens ein Fehlurteil. Die höhere Instanz muß entscheiden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus

70. Sitzung, Montag, 12. März, 11 Uhr.

Die

Zweite Lesung des Eisenbahnetats

wird fortgesetzt. Im Hause sind etwa 30 Abgeordnete anwesend.

Abg. Dr. Marco (Nat.): Die schlechte Beschaffung des Hauses ist sehr bedauerlich. Diese Erscheinung ist eine treffliche Illustration zu den Beschlüssen des Herrenhauses vom 9. März. (Sehr richtig!) Es müssen mehr und größere Güterwagen gebaut werden. Der Um- schlagverkehr muß möglichst schnell sein.

Abg. Defer (Sp.): Die Ursachen der Verkehrsschwierigkeiten liegen in den ständig steigenden Ansprüchen an das Personal und

in einer Reihe anderer äußerer Ursachen. Die Preispolitik der Verwaltung gegenüber der Industrie war fälschlich. Jetzt wird wohl allgemein die Notwendigkeit großer Wassertrassen erkannt. Der Verkehr wird einmal durch die Verkehrssteuer und dann nachmals durch die Tarifserhöhung bedroht. Man sollte zuerst alle Ausnahmetarife nachprüfen. Eine allgemeine Tarifserhöhung dürfte erst nach Friedensschluß erfolgen. Preisstellen wie den Alkoholfischen kann man erst näher treten, wenn man festen Boden unter den Füßen hat. Die Rettung der deutschen Bahnen muß möglichst vereinfacht werden. Je schneller und gründlicher das geschieht, um so leichter wird unsere wirtschaftliche Gesundung nach dem Friedensschluß sich durchführen lassen. (Pravo links.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach kommt auf die Frage der Vergebung der Wagenbauten zurück. Gegenüber dem schweren Vorwurf der Preisdrückerei sei zu erwägen, ob nicht ein anderer Weg bei der Vergabe dieser großen Lieferungen einzuschlagen sei. Eventuell könne der Staat selbst Wagenbauanstalten schaffen und durch einen Dritten kaufmännisch verwalten lassen. Der Minister geht des weiteren auf einzelne Wünsche der Redner ein. An technischen Verbesserungen wird ständig gearbeitet. Daß die Verkehrssteuer den Fernverkehr besonders belastet, ist richtig, aber für die Ausfuhr besitzlichen Ausnahmetarife. Oesterreich hat eine wesentlich höhere Verkehrssteuer. Eine Umgestaltung unserer Tarife wird erst im Frieden möglich sein. Lebensfalls erst, wenn sich die Wirkungen der Reichs- verkehrssteuer übersehen lassen. Für die Bearbeitung großer Kanalprojekte, wenn sie nicht absolut dringend sind, fehlen uns zur Zeit tatsächlich die nötigen Kräfte.

Abg. Veinert (Soz.) Durch die Verkehrssteuer wird die 1. und 2. Klasse verhältnismäßig viel zu wenig belastet. Die größte Belastung durch die neue Steuer trägt die 4. Klasse, die kleinste Belastung die 1. Klasse. Dauert der Krieg noch lange, so werden wir jedenfalls auch noch erhebliche Gülttarifserhöhungen während des Krieges bekommen. Wie man da noch mit steigenden Einnahmen und Nebenschüssen rechnen kann, sehe ich nicht ein. Man will die Einnahmen aus den Eisenbahnen immer mehr steigern, um einer Erhöhung der direkten Steuern zu entgehen. Infolge der großen Belastung der Verbraucher, die jetzt wieder eintreten soll — auch durch die Kohlensteuer — werden aber natürlich auch die Löhne wieder erhöht werden müssen. (Sehr richtig!) Das verringert erneut die Einnahmen. Als Mitglied des ganzen Wirtschaftslebens müßten die Eisenbahnen Reichseisenbahnen sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Vorschläge des Herrn Reichhoff, der seinen ursprünglichen Vorschlag der Reichsbahnen leider aufgegeben hat, betrieblich und absolut nicht. Seine Vorschläge sollten in einer sachverständigen Kommission sorgfältig geprüft werden. Bei der heutigen Methode wird jede Maßnahme der Eisenbahnverwaltung in der Hauptsache nach ihrer finanziellen Wirkung geprüft und nicht nach der Wirkung auf den Verkehr. Die Gesamtleistungen der preussischen Eisenbahnen sind natürlich große, aber man darf sich an den großen Zahlen nicht betäuseln. Bei den vielen Vorzürücken bedarf man nicht, daß es an jeder Vergleichsmöglichkeit fehlt, da es sich um eine Monopolverwaltung handelt. Wir verlangen, daß alle Schnellzüge Wagen 3. Klasse bekommen, möglichst auch 4. Klasse und jedenfalls alle Eilzüge 4. Klasse. Einführung von Kilometerziffern mit Fahrpreisermäßigung, größeres Entgegenkommen an Gesellschaften und Vereine ohne politische Rücksichten, Vermehrung der Arbeiterfahrarten usw. sind dringend notwendige Verbesserungen. — Für die Ausfuhr von Eisenbahnbauteilen nach dem Kriege zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Hebung des Verkehrs sollte sich der Minister schon jetzt mit den Arbeitsgemeinschaften, der Arbeitgeber und Arbeiter, in Verbindung setzen.

Von einer Waggonfabrik in Görlitz wird behauptet, der Minister habe nicht mehr als 8,10 Prozent für Lohnzulagen bewilligt. Ich kann mir das nicht denken, auf keinen Fall darf die Waggonfabrik daraufhin alle Lohnzulagen ablehnen. Diefelbe Erklärung liegt von der Waggonfabrik in Danzig vor. Die Frage, wie weit die Arbeiter an den Materialpreiserhöhungen beteiligt sind, sollte die Verwaltung genauer prüfen. Was die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter selbst anlangt, so wird besonders über mangelhafte Verpflegung und Lebensmitteln geklagt. Ueber die Wohlfahrts- einrichtungen der Eisenbahn, wozu man auch die Invaliden- und Kranken- versicherung und ähnliche gesellschaftliche Einrichtungen rechnet, ist und wieder ein sehr ausführlicher Bericht zugegangen. Es wird von diesen Dingen etwas viel Aufhebens gemacht. Bei dem sogenannten Unterstützungsfonds kommen die Arbeiter am schlechtesten weg, die höheren und mittleren Beamten viel besser. Auch die Teuerungszulagen sind zu gering. Ein Unterschied zwischen händigen und nichtständigen Arbeitern dürfte bei diesen Zulagen nicht stattfinden. Die Wagenführer verlangen Ausgleichszulagen, wie sie heute in gewissen Fällen die Werkführer bekommen. Die Löhne der Arbeiter selbst sind sehr unbefriedigend. In die Lohnserhöhungen der Werkstättenarbeiter sind die Teuerungszulagen einbezogen. Auch sonst sind die Lohnserhöhungen zum Teil minimal. (Hört, hört!) Dabei wurden für die große Menge der Wohnunterhaltungsarbeiter noch 1916 Löhne von 2,27 bis 4,00 M. gezahlt. Hier ist eine Lohnserhöhung dringend geboten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch wenn diese Löhne um 1 M. erhöht werden, sind sie noch sehr gering angesichts der Teuerung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Den Frauen und Mädchen, die den schweren Eisenbahnbesitz übernommen haben, sind wir großen Dank schuldig. Hier muß unbedingt der Grundsatz Geltung erhalten, für gleiche Arbeit gleichen Lohn. Erfreulich ist, daß die Anerkennung des Vereins- und Versammlungsgesetzes in die Bestimmungen aufgenommen ist und daß der Minister die früheren Erlasse gegen den Deutschen Eisenbahnerverband und den Sächsischen Verband zurückgenommen hat. Viele Klagen sind mir wieder zugegangen über mangelhafte Behandlung der Arbeiter. Manches ist ja in dieser Beziehung besser geworden, aber Musterbetriebe sind die Staatsbahnbetriebe noch lange nicht. Die Schaffung eines besonderen Staatsarbeiterrechts, das nur die Staatsarbeiter ausschließlich würde von Rechten, die andre Arbeiter haben, lehnen wir ab. Wir verlangen volle politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Staatsarbeiter mit den andern Arbeitern. Mit der Neuorientierung, mit der Demokratisierung der ganzen Staatsverwaltung muß in gleicher Weise fortgeschritten die volle Freiheit und Gleichberechtigung der Staatsarbeiter. (Leb. Weis! b. d. Soz.)

Abg. Schmidt (Zentrum) erörtert eingehend die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter. Die Kriegsbeschädigten Klagen darüber, daß ihnen bei der Ausschaltung von Anstellungsschein Schwierigkeiten gemacht werden.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Ich möchte meiner Meinung Ausdruck geben über die sachliche Behandlung der Arbeiterfragen durch die beiden Herren Vorredner. Die Fürsorge für ihr großes Personal liegt der Verwaltung von selber am Herzen. Die Anforderungen an das Personal der Eisenbahnen sind im Kriege außerordentlich große, doch mußten sie gestellt werden. Im großen und ganzen hat das Personal auch volles Verständnis für diese Notwendigkeit bewiesen. — Für umfassendste Bautätigkeit wird gleich nach dem Kriege Gelegenheit sein, die Vorarbeiten werden getroffen. Wo sich Mängel bei der Zuteilung von Arbeitskarten usw. ergeben haben, ist von meiner Seite sofort eingeschritten worden. Mit dem Redner treten wesentliche Erhöhungen der Grundlöhne in Kraft. Die 37 000 Franken, die zur Zeit bei der Eisenbahn beschäftigt sind, haben im großen und ganzen Gehalt und große Betriebsamkeit an den Tag gelegt. Falls ihre Leistungsfähigkeit dieselbe ist, wie die des entsprechenden männlichen Arbeiters, können sie auch denselben Lohn beziehen.

Das Haus vertagt sich.

Der Präsident schlägt vor, morgen nach dem Eisenbahnetat die Etats des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses zu beraten.

In einer Geschäftsordnungsdebatte wird verlangt, daß der Etat des Herrenhauses erst am Mittwoch beraten wird.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz. Arb.) verlangt, daß entsprechend der ursprünglichen Abmachung der Parteien für die dritte Lesung des Etats zwei Tage zur Verfügung gestellt werden.

Der Präsident und Abg. Dr. Vorsch (Zentr.) erklären, daß eine solche Abmachung nicht getroffen worden sei.

Schließlich wird der Etat des Herrenhauses von der Tagesordnung der Dienstagssitzung abgelehnt.

Nächste Sitzung Dienstag, 12 Uhr (Eisenbahnministergebet, Eisenbahnetat usw.).

Aus der Reichshauptstadt

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin

Nach am Montag einstimmig zur drohenden Verkehrssteuer folgenden Antrag einstimmig angenommen: „Die Verbandsversammlung spricht unter Zustimmung zu der Denkschrift des Verbandsdirektors ihre Ansicht dahin aus, daß die Groß-Berliner Verkehrsmittel, und zwar sowohl Straßenbahnen wie Ring- und Vorortbahnen, Hochbahnen und Omnibusse von jeder Steuer freigelassen werden.“ Am Laufe der Debatte über diese Frage hatte Verbandsdirektor Dr. Steiniger mitgeteilt, nach den ihm zuzugewandenen Berichten würden wahrscheinlich die Straßenbahnen von der Verkehrssteuer freigelassen werden. Das würde aber eine unbillige Belastung des Verkehrs auf Stadt-, Ring- und Vorortbahnen bedeuten. Auch dieser müßte wegen seiner Bedeutung für Groß-Berlin frei gelassen werden.

Nach Annahme des Haushalts wurde die Angelegenheit der Kleinwohnungen auf statistischem Gebiet besprochen. Verbandsabgeordneter Seimann begründete einen — nachher mit großer Mehrheit angenommenen — Antrag: Die Verbandsversammlung ersucht den Verbandsausschuß, die Verhandlungen mit erhöhtem Nachdruck fortzusetzen und ihr binnen sechs Monaten Bericht zu erstatten. Oberpräsident v. d. Schulenburg stellte u. a. mit, es seien Anordnungen der Minister ergangen, die voranschreitend in kurzer Zeit dem Verbandsausschuß Gelegenheit geben werden, zu neuen Baupolizeiverordnungen Stellung zu nehmen, die eine erhebliche Vergrößerung weiterer Gebiete umfassen. Regäßig des Landespolizeibezirks Berlin liegt bereits ein Entwurf vor, der für die in öffentlicher Hand befindlichen Fläche eine niedrigere Bauklasse vorschreibt. In gleicher Weise, nur etwas später, ist eine solche Verordnung auch von dem Regierungspräsidenten in Potsdam zu erwarten, natürlich nicht nur für die städtischen Flächen, sondern auch für die umgebenden privaten Grundstücke. Ob die Staatsregierung Maßnahmen gegen einen Mangel an Kleinwohnungen beschließt, müßte sie ein einigermaßen abschließendes Urteil darüber haben, in welchem Umfang eine Kleinwohnungsnot nach dem Kriege tatsächlich hervortreten werde. Wenn z. B. schon jetzt in Tegel und Spandau ein Mangel an Kleinwohnungen herrsche, so trete doch hier die augenblickliche Einwirkung der Kriegsinflation auf. Es sehe allerdings außer Zweifel, daß in gewissen Teilen Groß-Berlins ein Bedarf an Kleinwohnungen eintreten wird. Die Ansicht der Staatsregierung, hier helfen einzugreifen, bestche seit langer Zeit; sie sei eifrig an der Arbeit, wenn auch bisher ein abschließendes Ergebnis noch nicht vorliege. Das Finanzministerium trage sich mit dem Gedanken, unter Mitwirkung von Gemeinden und Privaten Siedlungsgesellschaften zu gründen. Es sei ferner in Aussicht genommen, mehrere hundert Hektar forstwirtschaftlichen Geländes für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, und zwar zu dem geringsten Preis, den die Staatsregierung noch einigermaßen verantworten könne. Die Siedlungsgesellschaft werde noch im Laufe dieses Sommers gegründet werden.

30-Millionen-Mark-Anleihe der Stadt Wilmersdorf. Zur Deckung der bis Ende Dezember 1916 entstandenen, sowie der bis Ende September 1917 noch entstehenden Kriegsausgaben unterbreitet der Wilmersdorfer Magistrat der am nächsten Mittwoch tagenden Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage, die Aufnahme einer Anleihe von 30 Millionen Mark durch Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber anzunehmen.

Militärhilfe für Güterentladung. Die Kriegsanstaltsstelle in den Marken teilt mit: In Ergänzung der Ausführungsanweisung der Kriegsanstaltsstelle in den Marken vom 10. Februar 1917 zu der Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken vom 3. Februar 1917 wird hierdurch angeordnet, daß in den Gemeinden, in denen sich Garnisonkommandos nicht befinden, die verfügbaren Transportmittel auf Aufforderung der Ortspolizeibehörden den Bahnhofs- vorständen der Staatsbahn, Neben- und Kleinbahnen zur Zwangs- entladung und Zwangsverladung von den Gepanthaltern zur Verfügung zu stellen sind.

Die allgemeinen freiwilligen Impfungen in den Gemein- schulen 50, Diestelmeyerstraße 12 und 300, Sander Straße 30 und in den Volkshausanstalten Bärowalstraße 64 und Turmstraße 85a finden nicht, wie bekannt gemacht, am 5. Uhr, sondern am 6. Uhr nachmittags an allen Wochentagen statt.

Spätkerkehr der Straßenbahn vom Görlitzer Bahnhof. Zur besseren Bedienung des Verkehrs bei Eintreffen der letztenzüge verkehrt vom 11. d. M. an an Sonn- und Feiertagen Linie 11 bis 11.45 ab Görlitzer Bahnhof alle 7 1/2 Minuten; auf Linie 91 wird für den Verkehr nach dem Westen der Betrieb ab Görlitzer Bahnhof bis 12.10 ausgedehnt.

Von den städtischen Elektrizitätswerken. Am Ende des Monats Januar waren an das Verteilungsnetz der städtischen Elektrizitätswerke angeschlossen: 58 871 Abnehmer (+ 5409 gegen das Vorjahr), 24 076 Hausanschlüsse (+ 871 gegen das Vorjahr). Es wurden (einschließlich des Selbstverbrauchs) nutzbar abgegeben: 43 212 533 Kilowattstunden (8 354 533 für Bahnbetrieb) gegen 30 536 755 Kilowattstunden (6 533 026 für Bahnbetrieb) im gleichen Monat 1915. Zeit Beginn des Geschäftsjahres sind einschließlich des Selbstverbrauchs nutzbar abgegeben worden: 230 782 051 Kilowattstunden (62 325 509 für Bahnbetrieb) gegen 237 153 830 Kilowattstunden (60 005 278 für Bahnbetrieb) im Jahre 1915/16.

Eine effiziente Einbrecher- und Schieberbande wurde von der Schöneberger Kriminalpolizei festgenommen. Die Einbrecher stehen alle im Alter von 18 und 19 Jahren; sie waren bei Berliner Firmen tätig und wurden von diesen zum Reparieren von Fahrrädern ausgesandt. Diese Gelegenheit benutzten die Vursachen, um sich in den verschiedenen Häusern Ortswissen zu verschaffen. Für ihre ge- stolhenen Sachen fanden sie Abnehmer in der Paul- und Radstraße.

Ueberfall in einem Warenhaus. Am Sonntagabend wurde in einem Warenhaus am Märkerplatz nach Geschäftsschluß eine Rauferei von zwei halbwüchsigen Jungen überfallen. Sie verletzten ihr einen Fuß über den Kopf und versuchten, sich des Geldes zu bemächtigen. Als zwei Käufer den Vorfall bemerkten und die Bur- schen festnehmen wollten, ergriffen sie die Flucht und entkamen bis auf die Straße. Einer der beiden, der 16jährige Kaufmannslehrling Erwin Kersten aus der Dieselbahnstraße, wurde jedoch noch festgenommen. Als man ihn zur Polizeiwache führen wollte, zog er ein Taschenmesser und versuchte, sich die Pulsadern durchzuschnei- den. Er wurde als Polizeigeisfangener der Charité angeführt.

